

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis für den Abonnenten: Vierteljahr 1,20 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Ostpreußen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Anzeigenzeile oder deren Raum 20 Pf. für vollst. und gewerbliche Anzeigen und Verkauftsanzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (unabhängig 2 Zeilenbreite). Jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Volksbetrüger oder Idioten.

II.

Daß die Gewerkschaftsleitung mindestens acht Tage vor der Abmurrungskonferenz nicht mehr die Absicht hatte, den Streikbeschuß durchzuführen (wenn die Absicht zu kämpfen überhaupt bestand), ergibt sich aus folgendem: Während nämlich alle Gewerkschaftsredner in 20 Versammlungen am 28. noch mörderisch auf die „Berliner Blaumacher“ und auf die „verdächtigenden Sozialdemokraten“ schimpften, den Fiskus als den größten Scharfmacher, die Erklärungen der Bergwerksverwaltung als vertrauenswürdig bezeichneten, erschien in der Mittagsausgabe der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 27. Dezember ein aus Saarbrücken vom 27. Dezember datierter, sicher aber schon am 26. geschriebener Artikel, der das Abmurren anfündigte! Es heißt in dem Artikel:

„In einer mehrstündigen Unterredung, welche die Führer des Gewerkschafts-Kristlicher Bergarbeiter, Reichstagsabgeordneter Behrens und Heinrich Imbusch am Sonnabend, den 21. Dezember, mit dem Handelsminister Sydow hatten, wurde die Zusage gegeben, daß der neuen Arbeitsordnung eine authentische Interpretation folgen werde, welche jede Verschlechterung des bisherigen Zustandes ausschloß. Es wurde ferner erklärt, daß die bindende Zusage einer Lohnerhöhung erfolgen werde.“

In einer Unterredung, welche am Montag, den 23. Dezember, Abg. Waffermann auf der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken hatte, wurde diese Zusage des Handelsministers bestätigt und eine Erklärung abgegeben, welche wir in Nr. 1129 veröffentlichten. Ob diese Erklärung vom Handelsminister vorgelesen, ob sie als offiziell anzusehen ist, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die nächste Nummer des offiziellen Organs der Bergwerksdirektion, „Der Bergmanns-Freund“, die Erklärungen der Bergwerksdirektion bringen wird.

Jedenfalls muß heute schon hervorgehoben werden, daß es hauptsächlich den Bemühungen des Gewerkschafts-Kristlicher Bergleute, der einzigen starken Organisation, gelungen ist, ein Entgegenkommen zu erzielen. Die Vertreter der Saarbergleute werden darüber zu entscheiden haben, ob sie das Entgegenkommen als ausreichend ansehen. Die Entscheidung darüber fällt in einer Revidierkonferenz, welche am Sonntag in Saarbrücken stattfindet. Man darf erwarten, daß auch auf dieser Konferenz die weise Mäßigung obliegen wird. Unserer Meinung nach können die Saarbergleute mit dem Erreichten sich einweilen zufrieden geben. Sie sollten deshalb davon absehen, die Sache auf die Spitze zu treiben.“

Dieser Artikel stammt zweifellos aus dem Saarbrücker Gewerkschaftssekretariat. In dem blinden Eifer, nur ja die „errungenen Erfolge“ für den Gewerkschaftsverein allein einzuheimen, wird die Räte aus dem Saal gelassen. Danach hätten bereits am 21. Dezember Behrens und Imbusch von dem Handelsminister die Zusage einer „authentischen Interpretation“ der Arbeitsordnung und „die bindende Zusage einer Lohnerhöhung“ erhalten und Waffermann, den die in höllischer Angst schwebenden Gewerkschaftsgeneräle sich zum Beistand heranzogen, hat am 23. Dezember nochmals Zusicherungen bekommen.

Was das, was die Stegerwald, Giesberts, Imbusch, Effert und Konforten der Revidierkonferenz am 29. Dezember über die „errungenen Erfolge“ erzählten, die Heberzeugung der Redner, dann war es die Pflicht der Gewerkschaftsführer, schon in den Versammlungen am 26. den Vergleuten zu sagen, man werde oder könne sich mit dem „Erreichten“ zufrieden geben! Aber man hat da die Arbeiter über die wirklichen Absichten der „sturmerprobten Kämpfer“ in der frechsten Weise belogen! Daher die furchtbare Erbitterung der in ihrem guten Glauben frivoli getäuschten Arbeiterdelegierten. Man mußte den Versammlungen erst recht klaren Wein über den Zweck der Revidierkonferenz einschütten, wenn es richtig wäre, was Stegerwald in der Konferenz ausführte. Er sagte nämlich nach der „Kölnischen Zeitung“:

„Der Fiskus könne den Unfall durch den Streik schon aushalten, denn er sei kein Privatunternehmer, der finanziell schwach gestellt sei, und den man daher zwickeln und dem man die Leitung vor der Organisation beibringen könne. Die veränderte Lage sei nicht durch die Schuld der Gewerkschaftsleiter entstanden. 1905/07 habe die Gewerkschaft stark zugenommen, nach den Vorgängen im Ruhrrevier (!) und nach der Beitragserhöhung sei sie um die Hälfte zurückgegangen und kann immer weiter schwankend bleiben, und mit einer solch schwankenden Stärke könne man keine Forderung im Lohnsystem und in anderen Fragen erkämpfen. Für den Streik seien heute keine Erfolgsmöglichkeiten gegeben. Von einer ganzen Anzahl Inspektionen habe man ja auch gehört, daß die Mehrheit nicht für den Streik sei, und wenn von 50 000 Vergleuten nur 16 000 organisiert seien und man, wie heute hier an dem gegebenen Beispiel zu sehen sei, sich nicht auf diese Zahl verlassen könne, dann wäre es ein Verbrechen, wenn die Gewerkschaftsführer den Streik am 2. Januar empfehlen würden. Wenn die Saarbergleute einen Streik beginnen wollten, dann müßten sie die Bergwerksdirektion ins Unrecht setzen können. Das könnten sie aber in der jetzigen Lage nicht. Ergeben sich aber in vier bis fünf Wochen, daß das Versprechen des Handelsministers und der königlichen Bergwerksdirektion nicht erfüllt werde, dann setze sich die Behörde vor der allgemeinen Öffentlichkeit ins Unrecht, und dann habe man Aussicht auf Erfolg im Streik.“

Was Stegerwald mit diesen Worten sagen wollte, das haben ja die „Berliner“ Kohnmann und Hans in den Wochen vorher in vielen Versammlungen erklärt. Nämlich die Saarbergleute seien zu schwach organisiert, der Fiskus sei mächtiger, die Öffentlichkeit sei gegen den Streik, die Mehrheit der Vergleute würde sich nicht beteiligen. Also genau das, was die „Berliner“ seit Beginn der „Streikbewegung“ gesagt und geschrieben haben, das hat ihnen der superkluge Adam Stegerwald in der Abmurrungskonferenz nachgeplappert! Stellte er die Lage richtig dar, dann konnte es auch am 26. Dezember in den Versammlungen nicht schwierig sein, den Arbeitern die „veränderte Situation“ begrifflich zu machen. Die Gewerkschaftsführer waren dazu verpflichtet, sofern sie wußten, was sie wollten, und Verantwortlichkeitsgefühl besaßen. Aber in den Versammlungen waren es die Effert, Imbusch und die übrigen Stegerwaldgenossen, die nochmals „mit allem Nachdruck“ der „Berliner Blaumacher“ entgegentraten. Nach der „Saarpfost“, dem M.-Gladbacher Organ, standen die Saarbergleute „geschlossen hinter dem Streikbeschuß“, die „christliche Bezirksleitung“ gab Erklärungen „im Namen der gewaltigen Mehrheit der Saarbergleute“ ab; im Aufrufe derselben Bezirksleitung gingen zwei Ausschuhmitglieder hin zur Bergwerksdirektion und kündigten für sämtliche 50 000 Saarbergleute! Also war das alles Lüge, alles Betrug der Öffentlichkeit! Lüge war die Kündigungsmodalität, Lüge war die Mitteilung, 35 000 Mann, vornehmlich Untertagsarbeiter, hätten sich alsbald mit dem Streikbeschuß einverstanden erklärt. Lüge war die Behauptung, außer „ein paar Berliner“ ständen die Delegierten hinter der Gewerkschaftsführung. Lüge war die in die Presse lancierte Mitteilung, nachdem so die nötige Beteiligung an dem Streik gesichert, seien die „Vorbereitungen sämtlich erfüllt“, Lüge war es, den Vergleuten am 26. Dezember zu versichern, wer die Heiligkeit des Kampfbeschlusses bezweifle, sei ein Verleumder.

Lüge, Lüge, nichts als Lüge, wie wir auch die Tragiködie an der Saar betrachten! Mit einem Ruck wurde den schmachlich betrogenen Arbeitern die Binde von den Augen gerissen, und da sahen sie vor sich die „unvergleichlichen Gewerkschaftsstrategen“, die „sturmerprobten Kämpfer“, die „staatsmännlich klugen“ Giesberts, Stegerwald, Effert, Imbusch und Konforten als Irreführer der auf Erlösung aus ihrer Not hoffenden Arbeiter. Und sie entsannen sich und schrien es in den Saal hinein, daß die mit ihrer „überlegenden“ gewerkschaftlichen Erfahrung stets prahlenden Generaliswadroneure doch auch am 15. Dezember schon wußten, wie stark der Gewerkschaftsverein und wie stark der Fiskus sei. Damals sei der Streikbeginn für den 2. Januar mit Zustimmung des Zentralvorstandes des Gewerkschaftsvereins und auch des Zentralsekretariats in Köln (Stegerwald) einstimmig beschlossen worden, obgleich derzeit nur 7000 von 50 000 Saarbergleuten im Gewerkschaftsverein organisiert waren, nun seien es 16 000 Organisierte geworden und jetzt heißt es, für einen Streik seien keine Erfolgsmöglichkeiten gegeben. „Pakt Euch weg, hinaus mit Euch!“ schrien die Betrogenen. Mit Flüssen auf die unvergleichlichen Gewerkschaftsstrategen verließen die Erbitterten den Saal. Sind die Gewerkschaftsführer, die ein solches Schauspiel inszeniert haben, Volksbetrüger oder Idioten? Sind es Volksbetrüger oder Idioten, die in der „Köln. Volkszeitung“ vom 31. Dezember, Mittagsausgabe, folgendes veröffentlichten lassen:

„Erleichtert wurde den Führern die Arbeit (Des Einseitens, D. R. d. B.) allerdings durch die Tatsache, daß durch die Bewegung im Saarbergbau größere Erfolge erzielt wurden, als sie bisher jemals eine Bergarbeiterbewegung erzielen konnte. (!) Die Befestigung der hauptsächlichsten Verschlechterungen in der Arbeitsordnung, das bindende Versprechen einer Lohnerhöhung, dazu der ideale Erfolg, daß Regierung und Bergverwaltung die Gewerkschaftsführer praktisch anerkannten, das sind Errungenschaften, die nicht gering anzuschlagen sind.“

Volksbetrüger oder Idiot, das ist die Frage nach dem Urheber dieser Behauptungen. Die wichtigsten sind nämlich total erledigt. Hier sei deshalb ausdrücklich festgesetzt:

1. Es ist keine einzige Bestimmung in der von den Gewerkschaftsführern als arbeitserhöhend, „unter keinen Umständen annehmbaren“ Arbeitsordnung beseitigt worden! Ihre „humane“ Auslegung ist den Vertretern der konkurrierenden M.-Gladbacher und „Berliner“ schon vor dem Streikbeschuß (15. Dezember) vom Minister zugesichert worden. Der „Berliner“ Zentrumsabgeordnete Kohnmann hat sofort dieses „Zustandnis“ als einen „Erfolg“ akzeptiert, damit gegen den Streik agitiert. Dagegen haben die M.-Gladbacher Effert, Imbusch, Steger und Genossen, vornehmlich Effert, die „Berliner“ verhöhnt wegen ihres Vertrauens zu dem Minister. Sogar noch am 28. Dezember veröffentlichten Zentrumsblätter eine Zuschrift des Gewerkschaftsvorstandes, welche über die im Saargebiet üblichen „bindenden Versprechungen“ folgendes Urteil fällt:

„Es ist diesen (Saarbergleuten) im Verlauf der Jahre schon manches versprochen worden, ohne daß sie praktisch davon etwas meckten. Zwischen dem Handelsminister und den Saarbergleuten stehen Tausende von Beamten, von denen viele im Auslegen von Versprechungen große Meister sind.“

So urteilten die Gewerkschaftsführer selber über die „bindenden Versprechungen“, von denen die Vergleute glauben sollen, es seien „Erfolge“.

2. Wie es mit dem „bindenden“ Lohnversprechen aussieht, lehrt der hierauf bezügliche Passus aus der authentischen Erklärung der Bergverwaltung im „Bergmanns-Freund“:

„Der Bergmann, der die Dinge ernsthaft und ruhig ansieht, wie sie sind, muß sich sagen, daß ein Steigen des Durchschnittslohnes um 14 Pf. innerhalb zweier Monate immerhin eine Verbesserung ist, die man nicht unterschätzen darf, und daß in der Tatsache dieser Verbesserung das Versprechen der Bergverwaltung, die Löhne allmählich steigern zu lassen, erfüllt worden ist. Es liegt das weitere Versprechen des Vorsitzenden der Bergwerksdirektion vor, die allmähliche Lohnsteigerung noch weiter fortzusetzen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich günstig weiter entwickeln, wenn die Leistung der Belegschaft auf der Höhe bleibt und wenn die Belegschaft selbst keine Störungen hervorruft. Soweit die Verwaltung nunmehr übersehen kann, ist die erste Bedingung für die nächste Zeit als erfüllt anzusehen. Es ist deshalb jetzt Sache der Belegschaft, durch Hochhaltung der Leistung und Vermeidung von Störungen die beiden anderen Bedingungen zu erfüllen.“

Das also nennt man in M.-Gladbach ein „bindendes Versprechen“. Es ist dieselbe Zusicherung, nur mit anderen Worten ausgedrückt, wie sie der Bergwerksminister schon vor dem Streikbeschuß gegeben hat! Auch das hat der „Berliner“ Zentrumsabg. Kohnmann in den Versammlungen vorgelesen und damit Stimmung gegen den Streik gemacht. Effert hat darauf erklärt, Kohnmann solle sich schämen, daß er den Ministerworten Glauben schenke. Heute kann Kohnmann, dessen Streikbruchandrohungen ihm noch angefreidet werden, sagen, er habe gesiegt.

Mit einem Wort gesagt: Die prahlerischen Köln-M.-Gladbacher Gewerkschaftsstrategen legen jetzt die Erklärungen der Bergwerksverwaltung so „vertrauensvoll“ aus wie die „Berliner“ schon vor vierzehn Tagen. Die „Berliner“ haben im Saargebiet die M.-Gladbacher vollständig besiegt! Was die Effert und Konforten vor 14 Tagen als taube Rasse verwarfen, die Kohnmann und Konforten aber schon als „einweilen zufriedensstellendes Zustandnis“ bezeichneten, das reklamieren heute die Stegerwald, Giesberts, Effert, Imbusch usw. als einen großen Erfolg der „sturmerprobten“ Gewerkschaftsführer, wie ihn „bisher niemals eine Bergarbeiterbewegung erzielen konnte“. Man könnte sich wägen vor Lachen über dieses Gaukelspiel, wäre es nicht für die unglücklichen Vergleute ein Trauerspiel.

Ein Trauerspiel ist es in zweifacher Hinsicht. Einmal sind die Saarbergleute durch die volksbetrügerische oder idiotische „Taktik“ der Gewerkschaftsstrategen — worüber noch Tatsächlichkeiten beigebracht werden soll — um die Verbesserung ihrer Arbeitsordnung und Löhne gekommen; die „bindenden Versprechungen“ sind von den praktischen Arbeitern richtig eingeschätzt worden, als sie den vor ein paar Tagen noch mit ihrer „Macht“ groß prahlenden M.-Gladbacher Generaliswadroneuren zuriefen: „Pakt Euch!“ Dann aber hat das volksbetrügerische oder idiotische Treiben der „christlichen Großkappen“ der Gewerkschaftsbewegung im Saargebiet einen Stoß verfehlt, von dem sie sich lange nicht erholen wird. Man muß es im Interesse der Befreiung der deutschen Arbeiterbewegung begrüßen, wenn die durch und durch unwahrscheinliche M.-Gladbacher Gewerkschaftsmache in ihrer Hochburg Saargebiet nun ganz zusammenbricht. Die „Berliner“ erklären den vollständigen Zusammenbruch der „Christlichen“ im Saargebiet nur noch als eine Frage kurzer Zeit. Nach dem, was uns über die Stimmung der Vergleute in den Saargebietsorten mit starken Gewerkschaftsmittelschaften mitgeteilt wird, kann man hoffen, daß die Verschönerung der Arbeiterbewegung durch die M.-Gladbacher Lügenpest hier rapide ihrem Ende entgegengeht. Aber es ist vorerst keine Aussicht vorhanden, daß darum die freien Gewerkschaften an der Saar erheblichen Zuzug erhalten. Das Treiben der Gewerkschaftsführer wird die ohnehin an der Saar sehr große Lauheit der Arbeiter bedeutend verstärken. Viele der Besten haben den Glauben an die Menschheit, das Vertrauen auf die gewerkschaftliche Selbsthilfe verloren! Das ist die schlimmste Folge der volksbetrügerischen oder idiotischen „Gewerkschaftstaktik“ der München-Glabbacher. Jahrelang haben sie die Vergleute mit Tamtam, Petitionen, Deputationen und dergleichen hingehalten. Dann kam der Frühjahrsstreik im Ruhrgebiet. Die Saarbergleute hofften, nun würde auch für sie eingetreten. Statt dessen organisierten die ultramontanen Gewerkschaftsknechte den Massenstreikbruch, und nun bestätigt Stegerwald, was die M.-Gladbacher stets bestritten haben, nämlich daß infolge jenes Massenstreikbruchs im Ruhrgebiet dem „christlichen“ Gewerkschaftsverein im Saargebiet massenhaft Mitglieder davonliefen! Um diese und nicht wieder zu gewinnen, inszenierten die M.-Gladbacher die „Streikbewegung“ an der Saar, bewiesen sich dabei als Volksbetrüger oder Idioten und sehen nun ihr elendes Schwindelgebäude zusammenkrachen. Aber es schießt auch manche Träne der betrogenen und geschädigten Saarbergleute.



# Die Balkankrise.

## Die Votischerkonferenz.

London, 3. Januar. Trotdem über die Beratungen der Votischerkonferenz diesmal keine offizielle Verlautbarung ausgegeben worden ist, glaubt man zu wissen, daß die Zukunft des Staates Albanien und seiner Begrenzung eingehend besprochen wurde. Der „Standard“ erklärt, aus guter Quelle zu wissen, daß die Votischer ein Kompromiß zustande bringen zu können glauben, demzufolge der Erfolg der Besprechungen nicht mehr in Frage gestellt werden kann. Die Votischer hatten gestern verschiedentlich Unterredungen mit einzelnen Friedensdelegierten und hegen die Hoffnung, heute nachmittag um 4 Uhr die Friedensdelegierten zur Annahme einer der drei folgenden Punkte zu veranlassen: erstens die Türkei gibt in der Frage von Adrianopel nach, zweitens die Alliierten schließen einen Frieden und erledigen alle übrigen Fragen. Drittens die Türkei nimmt ein Kompromiß an, das die Erledigung sämtlicher Fragen bezweckt. Die Ansicht der offiziellen diplomatischen Kreise geht dahin, daß Anstrengungen gemacht werden müssen, um den Erfolg der Friedensverhandlungen nicht mehr in Frage zu stellen.

## Die Friedensklausuren.

London, 3. Januar. Die „Times“ schreiben: Alle Welt weiß, daß keiner der Streitpunkte, an denen die ganze Balkanfrage überreich ist, einen europäischen Krieg wert ist, während die Türkei und die Verbündeten sich darüber klar sind, daß durch einen erneuten Kampf nichts zu gewinnen ist, was nicht durch einen geschäftlichen Abschluß erreicht werden könnte. Niemand will kämpfen, und deshalb sind wir überzeugt, daß niemand kämpfen wird, falls nicht ein sehr unglücklicher Zwischenfall eintritt, oder ein sehr großer Fehler begangen wird. Die großen Worte, die Dr. Daneu gestern gebraucht haben soll, werden diese Ansicht nicht stören. Er weiß ganz genau, daß die Türken die vollständigen Bedingungen der Verbündeten nicht annehmen können oder werden, ebenso wie Reichsd Pascha weiß, daß die Verbündeten die türkischen Gegenanschläge nicht so, wie sie dastehen, akzeptieren können.

## Neue türkische Instruktionen.

Konstantinopel, 2. Januar. Der Ministerrat, der um 2 Uhr nachmittags zusammentrat und 7 Uhr abends noch andauerte, nahm die geistigen Verhandlungen der Friedenskonferenz zur Kenntnis und beschloß, den ottomanischen Bevollmächtigten neue Instruktionen zu übermitteln. Es heißt, die Pforte bestehe noch immer auf dem Besitz des Vilajets Adrianopel bis Kanti und stimme einer Grenzabtretung zu, der nicht der Charakter von Gebietsabtretungen anhafte. Die Pforte beziehe weiter auch auf dem Besitz der Inseln des Archipels und wolle ein, die Entschädigung der Mächte betreffend secreta und die Gebiete westlich des Adrianopeler Vilajets gemäß den allgemeinen Interessen anzunehmen.

Eine maßgebende Persönlichkeit im Ministerium des Äußeren erklärte, daß die Verhandlungen sich auf dem besten Wege zum Frieden befänden, ohne daß man irgendeine bestimmte Erklärung abgeben könne. — Alle türkischen Abendblätter legen großen Optimismus an den Tag und glauben, daß der Friede binnen zehn Tagen gewiß geschlossen sein werde. Die Presse bearbeitet die öffentliche Meinung dahin, daß es ein großer Erfolg wäre, Adrianopel zu retten.

## Son der Friedenskonferenz.

London, 3. Januar. Die türkischen Friedensdelegierten teilten heute mittag den Vertretern der Balkanstaaten mit, daß sie aus Konstantinopel neue Instruktionen erhalten hätten, es sei ihnen jedoch nicht möglich, diese bis 4 Uhr nachmittags zu beschiffieren, und sie ersuchten daher darum, den auf vier Uhr festgesetzten Konferenzbeginn auf 6 Uhr abends zu verschieben. Die Delegierten der Balkanstaaten waren hiermit auch einverstanden, sie traten jedoch um 5 Uhr zu einer Sonder Sitzung zusammen, um gemeinsam sich über verschiedene Fragen zu beraten. Man hofft, daß die von Konstantinopel aus eingetroffenen Instruktionen eine genaue Entscheidung über die Frage von Adrianopel bringen.

## Großsprechereien.

Konstantinopel, 2. Januar. Der Minister des Äußeren erklärte heute abend auf der Pforte, die Pforte habe ihren Delegierten in London neue präzise Instruktionen gesandt, die ihnen gestatteten, die Delegierten des Balkanbundes wissen zu lassen, daß die Pforte keine Insel des Ägäischen Meeres abtreten könne, daß sie dagegen bereit sei, einige Requisitionen der Grenze des Vilajets Adrianopel vorzunehmen, das aber vollkommen der Türkei verbleiben müsse. Weiter führte der Minister aus, daß jetzt ein größerer Schritt zum Frieden getan sei, wenn auch zunächst nur eine Einigung über das Schicksal Albanens und Mazedoniens vorhanden sei, die unter der Souveränität des Sultans bleibe. Von einem gesicherten Frieden zu sprechen, gehe aber zu weit, da die Türkei betreffend Adrianopel unerbittlich sei und unbedingt den Krieg wieder beginnen werde, falls diese Stadt nicht der Türkei besessen werde. Bisher seien nur territoriale Fragen behandelt worden, aber auch die andern, wie beispielsweise die der Lette Publique, verlangten noch eine ernste Diskussion.

## Keine Ministerkrise.

Konstantinopel, 3. Januar. Die seit einigen Tagen umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Ministerkrise sind über alle Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts werden offiziell demontiert. Aus jungtürkischen Kreisen verlautet, daß das Komitee vor dem Friedensschlusse nichts unternehmen werde.

## Uebergabe von Chios.

London, 3. Januar. Die griechische Gesandtschaft hat ein Telegramm aus Athen erhalten, daß die aus zweitausend Mann bestehende türkische Besatzung der Insel Chios sich ergeben habe.

## Der serbisch-italienische Zwischenfall.

Rom, 3. Januar. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Belgrad: Die serbische Regierung hat dem italienischen Gesandten die Versicherung gegeben, daß sie dem Kommandanten von Durazzo die Instruktion überhand habe, die Rücksicht zu beobachten, die den Rechten eines Konsuls zukommt.

# Die konfiskierte sozialdemokratische Dumadeklaration.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Während der Debatte über die Regierungsklaration in der Duma verlas Genosse Maslowsky eine Erklärung der sozialdemo-

krischen Fraktion, die nach einer vernichtenden Kritik der inneren und äußeren Politik des Zarismus die grundsätzliche Stellungnahme der Fraktion zu allen auf der Tagesordnung stehenden politischen und sozialen Fragen formuliert. Diese programmatische Rundgebung der sozialdemokratischen Fraktion, die angesichts der eminenten Rolle der Fraktion im politischen Leben Russlands wie bei dem Wiederaufbau der sozialdemokratischen Arbeiterpartei von enormer Bedeutung ist, wurde von den Redaktoren der Regierung kurzhand konfiskiert, trotzdem die Reden in der Duma selbst noch russischem Geheh immum sind und von den amtlichen Stellen publiziert werden müssen. Die beiden sozialdemokratischen Tagesblätter „Luzsch“ (Wohlfahrt) und „Pravda“ (Wahrheit) sind wegen Wiedergabe dieser Deklaration inhaftiert, und die Redakteure dieser Blätter wegen angeblichen Verstoßes gegen den verbotenen „Amstorsparagrafen“ 129 zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden. Die sozialdemokratische Fraktion ist durch diese Maßnahme in ihrer Tätigkeit unermesslich behindert, nur einige Zeilen aus der sozialdemokratischen Deklaration wiedergegeben. Es gilt nun, allen Verfolgungen der Regierung zum Trotz, der sozialdemokratischen Deklaration eine möglichst weitestgehende Verbreitung zu geben. Wäre die sozialdemokratische Presse des Auslandes durch möglichst ausführliche Wiedergabe dieses historisch wie politisch wichtigen Dokumentes die Erregbarkeit des Regimentsattentates auf die Redefreiheit der sozialdemokratischen Dumadeklaration dardun. Der Wortlaut der Erklärung lautet wie folgt:

„Auf der Tribüne der 4. Reichsduma aufstehend, erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß ihre Tätigkeit unermesslich behindert sein wird mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktionen der vorhergehenden Dumen. Die Sozialdemokratie Russlands tritt als Bestandteil der internationalen Arbeiterbewegung der sozialdemokratischen Proletariats auf. Die Verschärfung der Klassenkämpfe in der heutigen Gesellschaft führt zu einer Verstärkung des Klassenkampfes in ihr; immer häufiger werden die Zusammenstöße der Totengräber der modernen Gesellschaft, der Lohnarbeiterklasse, mit den jetzigen Herren der Situation, der Kapitalistenklasse. Immer umfassender, heftiger, gewaltiger wird dieser Kampf, in dem dem Proletariat der Sieg winkt und die Stunde des endgültigen Sieges immer näher rückt. Unsere Vorgänger in allen drei Dumen kämpften energisch gegen den Militarismus. Im vollen Einverständnis mit ihnen und der sozialistischen Internationalen protestieren wir nun angesichts des Kriegszwanges am Balkan, im Namen des Proletariats Russlands mit aller Energie gegen die Verführung der herrschenden reaktionären und liberalen Klassen, Russland unter irgendeinem Vorwand in den Krieg hineinzuziehen. Wir schließen uns dem sozialistischen Kongress in Basel an und erklären mit ihm Krieg dem Kriege. Die sozialdemokratische Fraktion sympathisiert mit den Bestrebungen der Balkanvölker, sich von der Vormundschaft der Großmächte zu befreien, deren herrschende Klassen aus eigennütigen Zwecken beitreibt sind, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Rückständigkeit und Verwilderung der Balkanvölker zu betreiben. Zu gleicher Zeit jedoch lehnen wir im Verein mit den Sozialisten des Balkans voll Entschlossenheit die dynastische Interessenspolitik der Balkanreaktionäre ab, die das historisch notwendige Ziel der Wiedergeburt des Balkans mit einem Unfug verknüpfen. Dieser Weg kann nur die Widerstandsstärke der Volksmassen am Balkan schwächen und zu einer noch größeren Entfaltung des Militarismus führen, der in den Händen der herrschenden Klassen aller Länder zur Verstärkung der Ausbeutung und Bedrückung der arbeitenden Massen beiträgt. Wir begrüßen die Bestrebungen der Proletarier in allen Balkanstaaten, dem Unfug ein Ende zu setzen und die Balkanfrage durch Schaffung einer föderativen demokratischen Balkanrepublik zu lösen, und erklären zugleich, daß es weder am Balkan, noch in Persien oder im fernem Osten für die arbeitenden Klassen Russlands Interessen gibt, die eine bewaffnete Mischung rechtlicher Kämpfe könnten. Wir protestieren deshalb gegen die Raubpolitik der russischen Regierung und erklären, daß alle äußeren Abenteuer und die mit ihnen verknüpfte Verstärkung des Militarismus nur den Ruin und die Unterdrückung der Völker Russlands verschärfen und die Verwirklichung der nach 1905 ungelöst gebliebenen Aufgaben der politischen Befreiung des Landes hindern kann. Diese Aufgaben sind noch dringender und unaufschiebbarer geworden nach der fünfjährigen Existenz der dritten Duma, in der die herrschende Bürokratie, als die Vertreterin der parasitären Elemente und der agrarischen und kapitalistischen Gruppen, dank dem Staatsstreich vom 18. Juni folgende Mitarbeiter in der Dumamehrheit gefunden und mit ihr zugleich den Ruin und die Rechtslosigkeit des Volkes verstärkt hat. Die Agrarpolitik der Bürokratie und der Mehrheit der dritten Duma hat die Landarmut der Bauernmassen und ihre ständige Abhängigkeit nur noch verschärft und Vernichtung und Anarchie in das russische Dorf hineingetragen. Die Finanzpolitik ist nach wie vor auf indirekten Steuern, auf dem „Schonpudget“ aufgebaut, und führt in verdrängtem Maße dahin, daß die herrschenden Gruppen sich die Taschen füllen, und daß mehr als drei Milliarden für unproduktive Zwecke verausgabt werden. Die gesamte Wirtschaftspolitik hat sich in ein katastrophales Gemisshaus für die Entwicklung der Produktivkraft des Landes verwandelt.

Die steigende Teuerung lastet mit schwerem Druck auf der Masse der städtischen Bevölkerung. Die Regierung, unterstützt von der Mehrheit der dritten Duma, hat einerseits durch die Unterdrückung jeder Selbsttätigkeit die Kräfte der Bevölkerung im Kampf gegen diesen Notstand paralytisiert, und andererseits den Druck der Teuerung durch den Schuß der kapitalistischen Organisationen, die die Ausbeutung der Konsumenten verstärken, noch mehr verschärft. Die Arbeiterklasse sah sich einer endlosen Kette von Verfolgungen ausgesetzt, die sich gegen ihre politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen richteten, während die Kampforganisationen des Großproletariats sich vollster Bewegungsfreiheit erfreuten.

Die durch den Druck der Arbeiterbewegung entriessene Anerkennung der Arbeiterbefreiung ist von der dritten Duma in einer Form verwirklicht worden, die, ohne die gegenwärtige Lage der Arbeitermasse zu verbessern, in vielen Beziehungen gegenüber der bestehenden Unfallversicherung und ärztlichen Arbeiterhilfe einen Rückschritt bedeutet. Auf dem Gebiete des allgemeinen Staatslebens schreitet die triumphierende Reaktion, nachdem die Mehrheit der dritten Duma dem Staatsstreich vom 18. Juni 1907 begrüßt, auf demselben Wege immer weiter. Nach dem großen Staatsstreich folgte eine Reihe kleiner: die Auflösung der Duma auf die Dauer von drei Tagen, die „Erläuterung“ zahlreicher, namentlich jüdischer Wähler, die endlose Kette von Fälschungen bei den Wahlen für die vierte Duma, die Senatsrückführung, die selbst die Redefreiheit in der Duma zu beschränken versuchte. Das System der politischen Propagation ist nach wie vor eine der wichtigsten Grundlagen der Regierungspolitik. Eine der verbrecherischsten Handlungen der Propagation war die Verschönerung gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma, dazu bestimmt, den Staatsstreich vom 18. Juni vorzubereiten. Die von diesem Staatsstreich geborene dritte Duma hat natürlich diesen Akt der Regierungspropagation für gut befunden. Die Wähler der zentralen und örtlichen Behörden, überaus leichtgläubig, alles, was Russland sogar vor 1905 zu spüren gehabt hat. In den überfüllten Gefängnissen werden die politischen Gefangenen von der Reaktion solchen Martern und Folterungen, solchen Akten einer barbarischen Nachschuß unterworfen, die in der vorkonstitutionellen Zeit undenkbar gewesen wären. Wir haben solche Verbrechen der Regierung, wie den Massenmord der Lena-Arbeiter, im Interesse der unersättlichen Profitier ihrer Ausbeuter. Und dieses grenzenlose Verbrechen der Wälfürer und der Gewalt fand stets die Zustimmung der Mehrheit der dritten Duma. Dieselbe Mehrheit hat das System der Wählerverführung zu seiner Entfaltung gebracht, um mit den Wählerkräften selbst leichter fertig zu werden. Eine besonders ungeheuerliche Form nahm die Hege gegen das jüdische Volk an; man griff sogar zu dem Versuch, die Legende des finsternen Mittelalters aufleben zu lassen, indem man die Ritualmordlegende wieder in Umlauf setzte. Alle Organe der Gewalt, selbst die Gerichte mit inbegriffen, stellten sich in den Dienst dieser Hege,

Die dritte Duma hat der Regierung auch darin beigefallen, die finnische Verfassung zu zerstören und die Grenzmarken gewaltsam zu russifizieren, was hinsichtlich Polens in der Abgrenzung des Cholm-Gebietes am grellsten zum Ausdruck gelangt ist. Auf die dritte Duma gestützt, ist das barbarische System des Kultusministers Rasko zur Entfaltung gelangt, der die Hochschule zerstört und die Mittel- und Volkshochschule zu Ruinen verwandelt hat. Endlich hat sich die Polizei wie nie zuvor auf die Presse, namentlich auf die Arbeiterpresse gestürzt. Diese gefährliche, volkstümliche Politik laßt nun wie eine tote Schlinge auf unserm Hals. Russland würde der Zerschlagung und der Vernichtung entgegengehen, wenn nicht die Bewegung der lebendigen Kräfte des Volkes die Atmosphäre der gesellschaftlichen Reaktion zerstreuen würde. Die Massenstreiks gegen die Lenamehrheit und die Todesurteile, die Proteste der Arbeiter gegen die Verletzung der nicht-urteilten Volkstämme und gegen die Politik der kriegerischen Abenteuer, die Streiks am 1. Mai und der Kampf der Arbeiter für die Freiheit ihrer Organisationen — dies alles legt Zeugnis davon ab, daß die Welle der Arbeiterbewegung im Steigen begriffen ist, daß die Zeit näher rückt, wo die Arbeiterklasse an der Spitze einer neuen Freiheitsbewegung der Volksmassen für die volle Demokratisierung des Staatslebens eintreten wird. Einerseits gestützt auf die ereignissschwangere innere Lage, die durch die Herrschaft einer junkerlich-plutokratischen Clique geschaffen ist, andererseits — auf die steigende Welle der Arbeiterbewegung, wird die sozialdemokratische Fraktion der vierten Duma, von dem sozialdemokratischen Programm ausgehend, ihre Schritte mit den von der Bewegung der Arbeitermassen in den Vordergrund gerückten Aufgaben in Einklang zu bringen suchen. Im Interesse der von uns vertretenen Arbeiterklasse werden wir für die Einführung des Achtstundentages, für eine umfassende Arbeitererziehung und staatliche Versicherung der Arbeiter vor Krankheit, Anfälle, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit, wie auch für die Weiterentwicklung aller Kategorien der Arbeitenden auf Kosten des Staates und der Unternehmer mit der Garantie der vollsten Selbstverwaltung der Versicherten eintreten. Diese Forderungen erheben, wird die sozialdemokratische Fraktion in fester Überzeugung ihres Rechtes auftreten, vor allem im Namen der vielen Millionen der Arbeiter zu sprechen, die sich über alle politischen Schranken hinwegsetzend, in alle Dumen unabhängig sozialdemokratische Abgeordnete entsandt haben. Dann aber geben uns die Wahlen für die vierte Duma das vollste Recht zu erklären, daß die Sozialdemokratie, in der Duma zwar nur durch eine kleine Fraktion vertreten, im Lande selbst die bedeutendste Macht darstellt, die der bestehenden Ordnung feindselig gegenübersteht, denn für die Sozialdemokratie hat ungeachtet der ungünstigen äußeren Umstände eine steigende Anzahl der städtischen Wähler gestimmt. Auf die Sozialdemokratie setzen die bedrückten Völkerkreise ihre Hoffnungen; endlich gehören ihr zweifellos die Sympathien der ungeheuren Mehrheit aller Personen, die von einem mifgeheilten Wahlgeseh von den Wählern ferngehalten werden. Die Verteilung aller demokratischen Schichten der Bevölkerung fällt der Partei der Arbeiterklasse auch deshalb zu, weil das liberale Bürgertum in Russland unzuverlässig und von einem antidemokratischen Geiste erfüllt ist. Das organische Band mit der Arbeiterklasse, das an der Spitze aller demokratischen Schichten steht, anerkennend und aufrechterhaltend, wird die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Dumaaarbeit bestrebt sein, die organisierte Selbsttätigkeit der Massen aufrecht zu erhalten und auf eine breitere Basis zu stellen. Wir sprechen weder vor der Kompromittierung noch vor der Schwierigkeit der vor uns stehenden Aufgaben zurück. Die unabweisbaren Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung sprechen für uns. Von ihnen ausgehend, haben wir die revolutionäre Bewegung von 1905 vorausgesehen, und in der Periode der Kontrevolution die jetzt bereits begonnenen neuen Aktionen der Arbeiterklasse für die nächsten Forderungen und das Ziel der Sozialdemokratie Russlands vorhergesehen. Diese feste Sicherheit gibt uns den Mut, auch in der vierten Duma für die Herbeiführung des Augenblicks zu arbeiten, wo eine vom ganzen Volke erwählte konstituierende Versammlung mit der vollsten Demokratisierung des Staatslebens beginnen, und damit der Arbeiterklasse den Weg freimachen wird für den Kampf um die Befreiung aus den Ketten der Lohnsklaverei, für den Kampf um den Sozialismus.“

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar 1918.

## Weg mit Wasser mann!

Es hat dem nationalliberalen Parteiführer Wasser mann nichts genügt, daß er jüngst in dem Bestreben, die Gegensätze in der nationalliberalen Partei zu beschwichtigen, in der „Köln. Ztg.“ die Führer des Nationalliberalen Reichsbundes als staatsmännliche Genies gepriesen und den „radikalen“ Pommern erklärt hat, die Politik des Nationalliberalismus könne nicht gut von Stettin aus bestimmt werden. Die Dirigenten des rechten Flügels sehen in diesem Lobieren Wasser mann's lediglich ein Zeichen seiner Schwäche und gehen um so rücksichtsloser zur Offensive über. Die „Bamberger Nachrichten“ erklären sogar unumwunden, Wasser mann Artikel in der „Köln. Ztg.“ sei nichts weiter als laeres Geschwätz, und sie fordern den zum 9. Februar zusammenberufenen nationalliberalen Zentralvorstand, den sogenannten „großen Rat“, auf, aus der ganzen Sache mit aller Strenge die Konsequenzen zu ziehen, das heißt: Wasser mann kaltzustellen.

„Mit halben Maßregeln.“ so läßt sich das Blatt aus nationalliberalen Kreisen schreiben.

„mit jener Hauspolitik der Vertuschung oder Ueberkleisterung um jeden Preis ist unserer Partei in ihrem jetzigen Zustand nicht mehr zu helfen. „Wegen oder brechen“ heißt die unausgesprochene Parole der Stunde: entweder beugen sich die abwegigen Parteelemente unter die bewährten politischen Traditionen Rudolph von Bennigsen oder sie werden, so hoch sie hinauf reichen mögen, nun endlich gezwungen, die Konsequenzen zu ziehen. Wir glauben versichern zu können, daß diese Auffassung von einem größeren Teil der Partei geteilt wird, als die nächstinteressierten Stellen wahr haben wollen. Abg. Wasser mann hat eines Tages die Entbedung gemacht und trägt sie uns in dem vorerwähnten Artikel der „Köln. Ztg.“ abermals vor, „weil aus der überwiegende Teil der Nationalliberalen Partei stehe weder auf dem rechten noch auf dem linken Flügel.“ Das ist, je nach dem Standpunkt des Beschauers, richtig oder falsch. Vom Standpunkt des Abg. Wasser mann, welcher die Selbsttäuschung nicht aufgeben mag, als siehe er in der Mitte, ist es unrichtig. Denn volle zwei Drittel des Zentralvorstandes (der ja ein viel zuverlässigerer Stadtmesser des nationalliberalen Parteelements ist, als etwa der Parteitag) stehen erklärtermaßen rechts von dem derzeitigen Parteiführer, welcher für seine Person mit dem rechten Drittel den linken Flügel darstellt. Den klärenden Beweis dafür liefert die kürzlich hier gegebene Darstellung eines Zentralvorstandesmitglied, wonach sich bei der berühmten Abstimmung über die jungliberale Präponderanz Abgeordneter Wasser mann mit dem Mindehheitsdrittel für die Aufrechterhaltung, die Zweidrittelmehrheit des Zentralvorstandes aber für die Vesteigung aussprach. . . .

Es scheint wenig wahrscheinlich, daß der Zentralvorstand sich damit zufrieden geben kann, wenn Herr Wasser mann jetzt, nachdem seine früheren pommerschen Günstlinge mit dem jüngst inszenierten Skandal den Nationalliberalismus vor aller Welt bloßgestellt, in der „Köln. Ztg.“ erklärt, die Politik der Partei



könne nicht wohl von Stettin aus gemacht werden. Man wird an der Tatsache nicht gut vorübergehen können, daß der Abgeordnete Wasserfall moralisch und indirekt mitschuldig ist an diesem parteischädigenden Vorgang, ja, daß der ganze Zwischenfall unterbleiben wäre, wenn man den Bannern von Anfang an klar gemacht hätte, daß die Politik der Partei nicht wohl von Stettin aus bestimmt werden könne. Jedenfalls erhellt aus alledem wiederum, wie wenig der Abg. Wasserfall die erste Voraussetzung eines Parteiführers erfüllt, über den verschiedenen Richtungen der Partei zu stehen und sie durch eigene Zurückhaltung zu einer Phalanx zusammen zu schweißen, welche das Vertrauen der anderen nationalen Parteien besitzt.

Und nachdem dann nochmals die Politik Wasserfalls als eine Desertion zur demokratischen Interessengemeinschaft und als Verrat der „großen“ nationalliberalen Lieberlieferung charakterisiert worden ist, ergeht zum Schluß an den nationalliberalen Zentralvorstand die Aufforderung: „Möge der nationalliberale Zentralvorstand die ganze Wucht seiner Verantwortung fühlen und die Klare Antwort finden, welche die Lage von ihm fordert.“

### Nationalliberal-freisinniges Bündnis zu den Landtagswahlen.

Nach einer Meldung der „Ostpreussischen Zeitung“ hat die ostpreussische nationalliberale Gesamtpartei mit der freisinnigen Partei ein Wahlbündnis abgeschlossen für die kommenden Landtagswahlen. Früher hatten die Nationalliberalen Abkommen mit den Konservativen getroffen.

### Reichsverfassung und Budgetverweigerung.

Der bekannte Straßburger Staatsrechtslehrer Prof. Laband scheint seine Wissenschaft völlig in den Diensten der Reaktion stellen zu wollen. Es gehört zu den unbestrittenen Rechten der Parlamente, das Budget zu beschließen und dadurch eine mit der Parlamentarität im Widerspruch stehende Regierung zu zwingen, entweder den Wünschen der Parlamentarität Rechnung zu tragen, oder abzutreten und einer anderen Regierung Platz zu machen. Das Annehmen der Sozialdemokratie in den Bundesstaaten hat nun die Möglichkeit nahegerückt, daß in dem einen oder anderen Bundesstaate das Budget abgelehnt werden könnte, wenn sich die Regierungen nicht bequemen, den Forderungen der Sozialdemokratie Rechnung zu tragen. Derselbe Professor Laband nun, der in Schwarzburg-Rudolstadt der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit gegenüber als rettender Engel des Ministers von der Rede auftrat, hat nun ein Mittel gefunden, der Gefahr sozialdemokratischer Budgetverweigerungen zu begegnen. In der Neujahrsnummer der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlicht er eine staatsrechtliche Abhandlung über „Das Reich und die Landeshaushaltsverhältnisse der Bundesstaaten“. Er setzt in dem Artikel auseinander, daß das Reich um deswillen großes Interesse an den Budgets der Bundesstaaten habe, weil nach dem Grundprinzip des Verfassungsbaues des Deutschen Reiches die Einzelstaaten die Reichsgesetze auszuführen haben, und zwar auf eigene Kosten. Dem Reich siehe die Verantwortung über die Ausführung der Reichsgesetze zu. Wenn in einem Bundesstaate die Reichsgesetze nicht ordnungsgemäß ausgeführt wurden oder infolge der Ablehnung des Etats nicht ausgeführt werden könnten, z. B. wenn die Ausgaben für die dazu nötigen Beamten oder Einrichtungen gestrichen würden, dann habe das Reich das Recht, einzuschreiten.

Die Möglichkeit des Einschreitens sei gegeben durch Artikel 10 der Reichsverfassung, der jenen Bundesstaaten, die ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, die Exekution durch das Reich androht. Wörtlich lautet dann Laband aus:

„Die aber ist die Exekution in einem solchen Falle zu vollziehen. Die Reichsverfassung sagt darüber nichts, als daß die Exekution dem Kaiser zu vollziehen ist. Dem Kaiser ist es also vollkommen überlassen, diejenigen Mittel und Wege zu wählen, welche ihm nach Lage des Falles geeignet scheinen. Er kann also auch die Vollziehung in der Weise vornehmen, daß er den Landesherren oder Minister des betreffenden Bundesstaats damit beauftragt und ihn ermächtigt, die gesetzlich begründeten Einnahmen zu erheben und die auf Gesetz beruhenden oder sonst unentbehrlichen Ausgaben zu leisten. Es ist richtig, daß die ursprüngliche Tendenz des Art. 10 dahin ging, die Unterordnung der Bundesstaaten unter die neu errichtete Bundesgewalt zu sichern, und daher gegen reichsfeindliche Bestrebungen der Regierungen gerichtet war. Diese Sorge hat sich als ungedächter erwiesen; alle Bundesmitglieder ohne Ausnahme haben zu allen Zeiten ihre Verpflichtungen treu und vollständig erfüllt, und der Gedanke an eine Bundesexekution ist überhaupt noch niemals aufgetaucht. Aber das Auskommen und der wachsende Einfluß einer der bestehenden Rechtsordnung feindlich gegenüberstehenden Partei begründen die Gefahr, daß das Recht der Mitwirkung des Landtags an der Herstellung des Etats mißbraucht wird, um ein der Majorität mißliebigeres Ministerium zu stürzen, und das durch Obstruktion, absichtlich herbeigeführte Beschlunsunfähigkeit oder Verweigerung der Mittel für unentbehrliche Ämterstellen, das Zustandekommen der Staatsgesetze in den Bundesstaaten ein rechtsbegründetes Interesse hat, und daß die Regierungen der Bundesstaaten ihren Landtagen nicht völlig schuldlos gegenüberstehen, wenn dieselben von ihren Befugnissen einen rechtswidrigen Gebrauch machen. Der Satz der Einseitigkeit der Reichsverfassung, daß der Bund geschlossen sei, zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes, findet auch Anwendung, wenn das gültige Recht oder die Wohlfahrt des deutschen Volkes von dem Landtag eines Bundesstaates verletzt wird.“

Dem Professor Laband scheint danach selbst der Gedanke gekommen zu sein, daß er wegen seines gerade in diesem Moment höchst auffälligen Artikels angegriffen werden könnte. Er sucht deshalb seine Ausführungen dadurch gewissermaßen abzuschwächen, daß er meint, man werde ihm den Vorwurf machen, eine Doktorfrage ohne praktischen Interesse behandelt zu haben. Er wünsche nur, daß dieser Vorwurf sich immer als begründet erweisen möchte. Dieser schwächliche Vorbehalt wäscht den anderen und sehr begründeten Vorwurf nicht von ihm ab, den Versuch unternommen zu haben, mit Hilfe staatsrechtlicher Konstruktionen die bundesstaatlichen Parlamente um ihre Rechte zu prellen. Ein Staatsrechtslehrer und ein Kommentator des Staatsrechts sollte am allerwenigsten eine Unterscheidung zwischen begutem und unbegutem Gebrauch parlamentarischer Rechte versuchen. Die Rechte der Landtage sind verfassungsmäßig festgelegt und die Abgeordneten sind niemandem Rechenschaft schuldig über die Ausübung ihres Abgeordnetenmandats. Wenn sie es für notwendig halten, einen Etat abzulehnen, so ist das eine befugte Handlung, die sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten hält. In diesem

Grundrechte aller Parlamentenmitglieder darf nicht gerüttelt werden, soll der ganze Parlamentarismus nicht zur Farce werden. Wenn der Artikel Labands den Zweck hat, auf Gefahren aufmerksam zu machen, die in künftiger Zeit dem Parlamentarismus drohen, so wird freilich auch er einen guten Zweck erfüllen.

### Zum Präsidenten der württembergischen Ersten Kammer

Ist nun doch der katholische Fürst zu Hohenlohe-Partenstein vom König wieder ernannt worden. Es ist also dem Ministerpräsidenten von Weisäcker nicht gelungen, den Herrn zugunsten eines Zentrumspräsidenten in der Zweiten Kammer durch einen protestantischen Oberhauspräsidenten zu ersetzen. Die Frage gewinnt deshalb erhöhtes Interesse, ob die konservativen Bauernbündler dazu beitragen werden, einen Zentrumsmann an die Spitze der Zweiten Kammer zu stellen.

### Die Essener Handelskammer für das Wettstreiten.

In Essen, dem Königreich der Firma Krupp-Werken, sind die Interessen der Kanonen- und Panzerplattenproduktion ausschlaggebend. Kein Wunder deshalb, daß in dem Bericht der Essener Handelskammer auch der Standpunkt der Kanonen- und Panzerplattenfirma zum Ausdruck kommt. Heißt es doch in dem Bericht: „Das deutsche Wirtschaftsleben könne nur im Falle der Aufrechterhaltung des Friedens vor schweren Erschütterungen verschont bleiben, und in diesem Zusammenhang seien die Ereignisse des verflohenen Jahres auf politischem Gebiete eine ernste Mahnung für das deutsche Volk, in der Verdolmummung von Gees und Flotte trotz der großen damit verbundenen Kosten nicht zu erlahmen. Diese Lasten seien als Versicherungsgeld an aufzufassen, die nur geringfügig freier gegenüber dem, was für die gesamte Volkswirtschaft und nicht zum wenigsten auch für den Arbeiter besonders im Falle eines unglücklichen Krieges auf dem Spiele steht. Man müsse sich darüber klar werden, daß in solchen Fällen mit vielem andern auch der ganze stolze soziale Bau zusammenbrechen würde.“

Daß bei einem fortwährenden forcierten Wettstreiten, wie es die Essener Handelskammer propagiert, der „soziale Bau“ der Firma Krupp nicht zusammenbricht, dafür ist allerdings gesorgt. Denn nicht genug damit, daß ihr dann die deutsche Regierung durch ihre Kanonen- und Panzerplattenaufträge ihren jährlichen 20-Millionen-Reingewinn sichert, sondern auch die Lieferungen der patriotischen Kanonenfirma an die Auslandsmächte erhöhen dann den Gewinn!

### Der Streit im Zentrum.

Die antibakemische „Aöner Korrespondenz“ schreibt in ihrer Nummer vom 2. Januar u. a.: „Kommt es sonstwo in demokratischen Organisationen zu Streitigkeiten, so spricht man sich vor einem geordneten Schiedsgericht zu gleichen Teilen gründlich aus und sucht auf diesem einzig gangbaren Wege den Zwist beizulegen. Das gibt im Zentrum nicht. Hier herrscht eine Handvoll brutalen Elemente, und ihre Herrschaft üben sie mit zwei Mitteln: Terrorisierung der Gegner und Zerschlagung der Massen. Trifft jemand gegen die Aöner Richtung auf, so wird er so lange niedergedrückt, bis er schenkt ist. Dem katholischen Volke aber verbirgt man sorgfältig, um was es sich handelt.“

Weiter teilt die „Aöner Korrespondenz“ mit, daß sich „wieder einmal eine von den ganz intimen Konferenzen, die der brave Augustinusbecken (die Organisation der Zentrumspresse) von Zeit zu Zeit zusammenbringt“, mit der „Aöner Korrespondenz“ befaßt hätte. Die einen seien für offenen Kampf, die anderen für die Politik des Ignorierens gewesen.

### Triviale Gehe.

Zu den Hehern, die durch die Aufstachelung nationaler Instinkte den Frieden stören, gehört auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Das Blatt unterhält zur Großindustrie, speziell zur Kanonenfabrik Krupp enge Beziehungen. Daß den Kriegsmaterialienlieferanten mit einem Krüge geschäftlich gedient sei, weiß man. Das ist für die friedliche Bevölkerung aber nach kein Grund, die zu Konflikten treibenden Intrigen und Hehereien geduldig hinzunehmen. Die an verbrecherischen Wahnsinn grenzende Heherei feiert in der Neujahrsnummer des genannten Blattes eine würdige Orgie. Es heißt dort zum Beispiel:

„Es ist gefährlichster Selbstbetrug, aus der heutigen Benegtheit zur friedlichen Schlichtung der Ostasien-Schwierigkeiten auf einen friedlichen Ausgleich des großen Gegenjages zwischen England und uns zu schließen. England hat sich in drei Jahrhunderten in Ueberwindung der Niederlande, Spaniens und Frankreichs eine überragende Monopolstellung erzwungen. Deutscher Handel und Industrie bedrohen diese Monopolstellung mit jeder Million Menschen, die Jahr für Jahr unserem Volkshäcker zuwachsen und nicht verkümmern wollen, immer mehr. Entweder geben die Engländer friedlich den Weg frei, damit wir uns größeren Nahrungsraum sichern; oder das Schwert muß zwischen ihnen und uns entscheiden. Wer die Flottenpolitik Englands überhaut und die vom Mutterland angeführte großartige Bewegung der Kolonien für die Stärkung der Reichsflotte beobachtet, dem kann nicht unklar bleiben, wie in Zukunft die Welt aussehen werden.“

Wenn wir von solcher Ausgeburt eines überhitzten Gemüts Katz nehmen, dann nicht, weil die Anschauungen im deutschen Volke irgendwelchen größeren Resonanzboden hätten, sondern lediglich um die Absicht des Artikels festzunageln. Der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ist sehr wohl bekannt, daß die Säbelträger nur eine kleine Junta bilden, deren Mitglieder meistens persönliche Interessen vertreten; man hofft jedoch, durch dergleichen Hehereien in England bei den dortigen Gleichgesinnten und Gleichinteressierten ein Echo auszulösen. Und man rechnet darauf, daß sich dieses Echo dann hier wieder für Panzerplattenforderungen fruchtbar machen läßt.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Der Kampf der ungarischen Sozialdemokratie gegen die Wahlentziehung.

Budapest, 3. Januar. (Privatelegramm des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand der Sozialdemokratie hat in der heutigen Sitzung die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses für den 26. Januar d. J. beschlossen. Die Parteigänger bringen bereits den Aufruf dazu. Des weiteren wird in diesen Tagen die Parteileitung, vereint mit dem Gewerkschaftsrat, eine Vertrauensmännerkonferenz einberufen, in welcher die Frage eines Generallstreiks für die Zeit der Beratung des Wahlrechts-Entwurfs besprochen wird. Die Aktion gegen das Wahlrecht beginnt bereits am 12. Januar; an diesem Tage sollen im ganzen Lande, in den Städten wie auch in den Gemeinden, in denen die Partei Organisationen hat, Volksversammlungen gegen den Wahlgesetzentwurf abgehalten werden.

### England.

#### Zur 13. Jahreskonferenz der Labour Party.

London, 2. Januar. (Fig. Ber.) Aus der soeben veröffentlichten endgültigen Tagesordnung der 13. Jahreskonferenz der englischen Labour Party, die am 29. Januar in London stattfinden wird, ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen manche interessante Debatten hervorrufen werden. Zunächst sei auf eine von der Ver-

arbeiterföderation gestellte Resolution hingewiesen, in der verlangt wird, daß sich die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei mit den politischen Fragen befassen und dem Gewerkschaftsverband die Behandlung gewerkschaftlicher Fragen überlassen soll. Wie notwendig ein solcher Beschluß ist, geht aus der Tagesordnung selbst hervor, in der Resolutionen über Reichspolitik und auswärtige Politik neben Anträgen zu finden sind, in denen gewisse, von den Londoner Droschkenfahrern zu zahlende Gebühren verurteilt werden. Auffallend ist ein Antrag des Parteivorstandes über die Disziplin der Parlamentarier. Eine Reihe Arbeitervertreter, die dem Namen nach der Arbeiterpartei angehören, aber innerlich wie äußerlich mit der liberalen Partei verwaschen sind, scheuen sich nicht im geringsten um die Beschlüsse ihrer Fraktionsgenossen und gehen ihre eigenen Wege. Diese Personen sollen nun in Zukunft dadurch zur Rechenschaft gezogen werden, daß ihnen zeitweilig oder auf immer die „Whips“ entzogen werden, das heißt, daß sie von den Beratungen und dem Leben der parlamentarischen Fraktion ausgeschlossen werden.

Die Hauptdebatte wird wohl über die von der parlamentarischen Fraktion befolgte Politik geführt werden. Zu diesem Thema ist ein Antrag gestellt worden, der die Untätigkeit der Fraktion in Arbeiterangelegenheiten verurteilt. Im Anschluß daran folgen zwei lange Zusatzanträge. Der erste Zusatzantrag verlangt, daß sich die Arbeiterpartei ein Programm zulegen soll, damit man die Arbeiterpartei deutlicher von der liberalen Partei unterscheiden könne. Der zweite befragt, ob sich eine Arbeiterpartei im Parlament nur um die Interessen der Arbeiterklasse zu kümmern habe und nicht darum, ob die eine oder die andere der bürgerlichen Parteien am Ruder gehalten wird; keine Regierung dürfe dauernd unterstützt werden, die sich nicht verpflichtet, gewisse aufgezählte Forderungen zu bewilligen; als erste Forderung wird die vollständige Aufhebung des Oberschneidens angeführt. Eine weitere Resolution fordert den Ausschluß aller Parlamentarier oder Beamten aus der Partei, die von einer der kapitalistischen Parteien einen bezahlten Posten annehmen. Um die Zeit, zu der die Jahreskonferenz der Labour Party tagen wird, wird auch die Wahlrechtsvorlage im Parlament beraten werden. Zu dieser Vorlage sind von der „Women's Labour League“, der N. L. P. und der Jüdischen Gesellschaft Anträge gestellt worden, in denen die parlamentarische Fraktion beauftragt wird, gegen die Vorlage zu stimmen, sollte es nicht gelingen, ein Frauenstimmrechtsamendement zur Annahme zu bringen. Ein Abänderungsantrag verurteilt jedoch diese Politik.

### Rußland.

#### Die politischen Massenstreiks und die Unternehmer.

Die gewaltigen Massenstreiks im verflohenen Jahre haben im Lager der Unternehmer außerordentliche Besorgnisse wachgerufen. Die industrielle Prosperität und die gestiegene Widerstandskraft der Arbeiter hindert sie zwar daran, zu dem beliebten Mittel der vorhergehenden Jahre, den Massenarresten der Arbeiter, ihre Zuflucht zu nehmen. Inzwischen rüsten sie auch jetzt mit aller Macht, um der politischen Streikbewegung Einhalt zu gebieten. Auf einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Moskauer Fabrikantenverbandes wurde festgestellt, daß die politischen Massenstreiks in den ersten zehn Monaten des Jahres 1912 circa 400 000 Arbeiter umfaßt hat. In der Hälfte aller Fabriken des Moskauer Rayons sind nach dem letzten politischen Streik im November verschiedene Straßen und Bahngelungen vorgenommen worden. Das Komitee des Fabrikantenverbandes empfahl, diese Maßregelungen auch fernerhin anzuwenden. Ueber weitere Schritte jedoch soll eine Unternehmerratskonferenz in Petersburg endgültig entscheiden.

### Aus der Partei.

#### Zum preussischen Parteitag.

Das Empfangsbureau für die Delegierten befindet sich im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 2. Legitimations- und Wohnungskarten können daselbst vom Sonntag, den 5. Januar 1913, in den Stunden von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr abends in Empfang genommen werden.

Zu dem am Montag, den 6. Januar, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 4) beginnenden Verhandlungen haben die Mitglieder der Partei und Gewerkschaften gegen Vorgeigung ihrer Mitgliedsbücher freien Zutritt.

Gastkarten zum Preise von 50 Pf. für die Halbtagskarte sind vor Beginn und während der Verhandlungen gleichfalls im Gewerkschaftshause erhältlich.

Gesuche um Zutrittskarten für Pressevertreter sind an

Eugen Ernst, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8 zu richten.

#### Die Parteileitung Preussens.

Von der Parteipresse. Der Landtagsabgeordnete Genosse Albert Rothhaupter, bis vor kurzem Redakteur der „Süddeutschen Eisenbahnerzeitung“, welchen Posten er infolge der bekannten Streikverhinderungs der Hauptvorstandschaft des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes niedergelegt hat, ist von Nürnberg nach Augsburg abgereist und in die politische Redaktion der „Schwäbischen Volkszeitung“ eingetreten.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Sichzעהn Preßprozesse in einem Monat.

In dem letzten Monat des Jahres 1912 sind, wie im November vorher, sieben Preßprozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen bekannt geworden. Fünf Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, ein Genosse sogar zweimal zu je vier Monaten, drei wurden freigesprochen, gegen die anderen zehn Beschuldigten konnten Geldstrafen in Anwendung. Insgesamt wurden in genannten Monat an Strafen verhängt: 17 Monate Gefängnis und 1240 M. Geldstrafen. Die niedrigste Geldstrafe war 20 M., die höchste 250 M.

Vom April 1912 bis Ende Dezember gab es sonach 128 Preßprozesse mit drei Jahren einem Monat Gefängnis und 14800 M. Geldstrafe.

### Jugendbewegung.

#### Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 1 des fünften Jahrganges heben wir hervor: Das wahre Gesicht der bürgerlichen Jugendpflege. — Vom Reichstag. Wie er gewählt wird (zur Staatsbürgerkunde). — Der Mutterklaus. Von A. Vipsch (Mit Abbildungen). — Von meiner ersten Wanderfahrt. Von Richard Heintzel. — Pfadfinder und Schachliteratur. Von P. Vöthler. — Von unseren österreichischen Kameraden. Von Anton Feischil. — Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw.

Zeitsage: Ins neue Jahr hinein. Zeichnung von G. Winkelmann. — Die Küssenerin der Hanna Dänlan. Australische Erzählung von Edward Tyson. — Leistung. Von C. Hoernle. — Rembrandt der Volkshilfster. Von Wilhelm Hausenstein (Mit Abbildungen). — Etwas über Kunstpflege. Von A. Düst. — Vom Kalender. Von Otto Roemig. — Der Verblüfften. Von W. Dromme. — Die Gedanken. Gedicht von Ludwig Pfau.



# Gewerkschaftliches.

## Fünfzigjähriges Jubiläum eines Gewerkschaftsblattes.

Vor wenigen Wochen konnte der Berliner Gauverein des Verbandes Deutscher Buchdrucker sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Das Verbandsorgan des Buchdruckerverbandes, der „Korrespondent“, folgt jetzt in der Reihe der fünfzigjährigen Jubiläare. Am 1. Januar 1863 erschien als Eigentum des Leipziger Vereins eine Wochenschrift für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer mit dem Titel „Korrespondent“. Richard Härtel, der erste Präsident des 1866 gegründeten Deutschen Buchdruckerverbandes, war gleichzeitig Redakteur dieses Verbandsorgans. Die Vorfahren des „Korrespondent“ reichen bis zum Jahre 1766 zurück und zwar wurde in jenem Jahre durch den Faktor Schwarz in Hamburg eine Zeitschrift betitelt „Der Buchdrucker“ herausgegeben. Nach acht Jahren wurde von Schwarz eine Neuauflage herausgegeben, ein Zeichen, daß das Bedürfnis für eine Fachzeitung vorhanden war. Zu halten war diese Zeitschrift jedoch nicht. Später unternahm der Buchdruckerbesitzer Willig in Wittweida im Jahre 1846 den Versuch, mit der „Typographia“ den Buchdruckern ein Blatt zu schaffen, das im Gegensatz zu seinen Vorläufern offensichtlich dem Gehilfenstandpunkt mehr zuneigte. Der inzwischen im Mai 1848 auf den Plan getretene „Gutenberg“ erschwerte der „Typographia“ aber das Dasein, so daß auch dieses Blatt einging. Der „Gutenberg“ brachte es in seinem fast fünfjährigen Bestehen zur Bedeutung eines wirklichen Gehilfenblattes, er konnte bis zu den Augusttagen 1848 3000 Abonnenten aufweisen. Doch auch diesem dritten Buchdruckerorgan fehlten sich enorme Schwierigkeiten entgegen, denen es schließlich erlag. Die polizeilichen Verfolgungen, die Bedrückungen durch die Prinzipale, das neue preussische Pressegesetz und der Rückschlag der verunglückten Tarifaktion vom August 1848 brachten den „Gutenberg“ schließlich auf 600 Bezahler herunter; mit Ende 1852 stellte er sein Erscheinen ein. Ein im Jahre 1852 gegründetes neues Blatt, das etwa 700 Abonnenten zählte, mußte ebenfalls sein Erscheinen im Jahre 1857 einstellen.

Die Leipziger Buchdrucker beschloßen am 24. März 1862, einen Ausschuß für das zu gründende Journal einzusetzen. Die materiellen Mittel wurden dazu aufgebracht durch 200 Anteilsscheine zu 15 Neugroschen, die allmählich durch Auslösung zur Rückzahlung gelangten. Es mußte auch eine Kaution von 500 Taler bei der Regierung gestellt werden, die später auf 800 Taler erhöht wurde. Die erste Nummer dieses neuen Blattes erfreute sich allgemein beliebter Aufnahme, selbst im Auslande. Unter Härtels Leitung, der 37 Jahre lang am „Korrespondent“ wirkte, entwickelte sich der „Korrespondent“ zu dem allseitig anerkannt vortrefflichen Gewerkschaftsblatt, das besonders den Gedanken der Tarifverträge mit Geschick und Tatkraft vertritt. Der „Korrespondent“, der heute wöchentlich dreimal erscheint, hat eine Abonnentenzahl von 49300. Da dieses Gewerkschaftsblatt nicht obligatorisch für die Mitglieder eingeführt ist, so liefert seine Auflage zu dem in Buchdruckerverband organisierten rund 65000 Buchdruckern einen Beweis dafür, daß das Blatt sich in den Kreisen der Buchdrucker großen Eingang verschafft hat. Zu seinem Ehrentage gratulieren ihm nicht nur die Buchdrucker, sondern auch die gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Betrieb von Fallsohn, Ritterstraße, ist nach wie vor gesperrt und bitten wir, alle Arbeitsangebote der Firma streng zurückzuweisen. Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Glasbläser und Bläserinnen!** Bei der Firma Paul Bosenberg ist es in der Glühlampenabteilung zu ersten Differenzen gekommen. Die Firma hat für alle Branchen Abzüge bis zu 40 Proz. gemacht. Da die Verhandlungen erfolglos waren, wurde die Arbeit eingestellt. Alle Glasbläser und Bläserinnen werden ersucht, dieses streng zu beachten und bis zur Erledigung der Differenz dort keine Arbeit anzunehmen.  
Zentralverband der Glasarbeiter.

### Deutsches Reich.

#### Der Deutsche Technikerverband verzichtet auf das Streikrecht!

Der preussische Minister für Handel und öffentliche Arbeiten Endow hatte durch Erlaß den auf Privatdienstvertrag angelegten Eisenbahntechnikern die Mitgliedschaft im Bunde der technischen Eisenbahnbeamten und im Deutschen Technikerverband verboten. Der Deutsche Technikerverband richtete daraufhin an den Eisenbahnminister eine Eingabe, in der geltend gemacht wurde, daß nach der neuen Satzung des Verbandes für die in den Betrieben der Gemeinde oder des Staates beschäftigten technischen Beamten und Angestellten auf gemeinsame Kündigung und Arbeitsniederlegung ausdrücklich Verzicht geleistet werde! Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat daraufhin, der „Deutschen Techniker-Korrespondenz“ zufolge, den kgl. Eisenbahndirektionen mitgeteilt, daß für ihn kein Anlaß mehr vorläge, den Angehörigen der Staatseisenbahnverwaltung die Mitgliedschaft im Deutschen Technikerverband zu untersagen.

Die Aussperrung in der Unionchiererei zu Königsberg dauert nun schon elf Wochen und noch steht die Arbeiterschaft ebenso gebeugt da wie in den ersten Tagen des Kampfes. Dieser Tage hat eine geheime Abstimmung über eine etwaige Beendigung des Kampfes oder über seine Fortführung stattgefunden. 723 Stimmen haben für die Fortsetzung gestimmt und nur fünf Stimmen sind für Arbeitsaufnahme abgegeben worden. Das ist ein Resultat, welches den Beweis liefert, daß die Schwarzmader der Metallindustrie noch lange nicht ihren Fuß auf den Rücken der Unionarbeiter setzen können. Inzwischen vermischt die Direktion neue Dinstgebrüder anzuwerben, mit denen sie aber nicht viel anfangen kann.

#### Aussperrung in der Memeler Holzindustrie.

Der im Mai 1911 nach der Aussperrung in der Memeler Holzindustrie abgeschlossene Arbeits- und Tarifvertrag wurde am 1. November 1912 von dem Memeler Arbeitgeberverband zum 31. Dezember 1912 gekündigt. Die während der Kündigungsfrist zwischen den Vertretern der Organisationen der Arbeiter und den einzelnen Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Arbeitgeber erklärten in der letzten, am 30. Dezember stattgefundenen Sitzung, sämtliche Betriebe am 1. Januar schließen zu wollen, falls das Angebot der Unternehmer nicht angenommen und der Vertrag abgeschlossen werde. Von der Aussperrung, die am Donnerstag tatsächlich vorgenommen wurde, werden fast sämtliche Schneidemühlen von Memel und Umgebung sowie die beiden Schälfabriken mit etwa 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen betroffen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen allerorts werden ersucht, den Zugang von Arbeitskräften nach Memel streng zu vermeiden.

### Differenzen im Saarrevier.

Auf der Grube Velsen sind gestern früh von den 460 Bergleuten der Frühlicht 800 nicht angefahren. Die Arbeitsniederlegung ist auf die Mahnung der Sicherheitsmänner dieser Grube zurückzuführen. Diese hatten am 18. Dezember für die ganze Belegschaft und sich selbst gekündigt. Die Kündigung für sie selbst war angenommen, für die übrige Belegschaft aber als rechtsungültig zurückgewiesen worden. Bei der vorgestrigen Anfahrt zur Mittagslicht wurde den Sicherheitsmännern gesagt, daß sie nicht anfahren könnten, bevor ihre Kündigung zurückgezogen sei. Sie verweigerten die Zurücknahme auf Grund einer Zulage, die der Vorsitzende der Bergwerksdirektion dem Abgeordneten Wiesberts gegeben hatte. Am Nachmittag sind auf der Grube von 477 Mann 108 angefahren.

Ein ähnlicher Vorfall trat an anderer Stelle zu. Auf der Fettlobleigrube der Bergwerksinspektion Luisenthal ist gestern bei der Mittagslicht nur der kleinere Teil der Belegschaft angefahren. Zwei Sicherheitsmänner dieser Grube hatten die Kündigung zurückgezogen und für gestern nachmittag die Fahrlicht angeordnet. Hiermit hatte sich, wie das Wolffsche Telegraphenbureau meldet, die Betriebsleitung einverstanden erklärt, was einem Sicherheitsmann auf seine Frage angeblich auch noch vom zuständigen Bergwerksinspektor bestätigt worden sein soll. Trotzdem fuhren die beiden Sicherheitsmänner nicht an. Ein Grund hierfür wurde von niemand angegeben; Forderungen sind nicht gestellt worden. — Die Sache scheint recht unauisgeklärt.

### Ausland.

**Der Streik der Londoner Autochauffeure dauert an.** Am Donnerstag sind mehr als 6500 Wagen in den Garagen geblieben. Die Zahl der Streikenden beläuft sich jetzt auf 11000. Ein Ende des Streiks ist vorläufig noch nicht abzusehen.

### Folgen des Tripolisrieges für Italien.

Der Tripolisraub ist für seine Organisatoren glücklich vollendet. Der aus Armeelieferanten und Aktionären der Römischen Bank gebildete militärisch-kapitalistische Kllingel hat Millionengewinne eingekassiert, das arbeitende Volk aber leidet unter einer steigenden Arbeitslosigkeit. Sie hat in kurzen Wochen derart zugenommen, daß die italienischen Gewerkschaften eine Abordnung zu dem Minister der öffentlichen Arbeiten sandten, damit er Maßnahmen gegen das tagtäglich schlimmer werdende Uebel einleite. Die Gewerkschaften haben es an Hinweisen auf die steigende Zahl der Arbeitslosen nicht fehlen lassen. Allerdings bisher ohne Erfolg. Die Regierung hielt sie allem Anschein nach für das Produkt ängstlicher Schwarzmalerei. Vor einiger Zeit veröffentlichten die Gewerkschaften das Ergebnis einer Arbeitslosenquerzelle, wodurch darzulegen wurde, daß in einigen mittelitalienischen Provinzen breite Arbeiterlosigkeit nicht mehr als 200 Tage im Jahre arbeiten. Gegenwärtig wird noch nicht einmal dieser Grad der Beschäftigung erreicht. Seit der Veröffentlichung der Enquete hat sich die Arbeitslosigkeit auch auf andere Orte in Oberitalien ausgedehnt. In der untern Romagna müssen die Arbeiter, besonders die Tagelöhner, im Herbst und Winter monatelang aussetzen und in der Provinz Romagna beispielsweise beträgt die Durchschnittsarbeitszeit im Jahre nur 100 bis 130 Tage. Dort wurden unter der Feldarbeiterschaft 16000 Beschäftigungslose, und unter den Handwerkern (Zimmerleuten, Schmieden und Raurern) 4000 gezählt.

In der Provinz Bologna sieht die Sache noch schlimmer. Nach einer Umfrage, die sich auf 42 Landbezirke erstreckte, waren von den 20237 Arbeitern 7081, und von den 18982 Arbeiterinnen 7978 in den ersten neun Monaten des Jahres ohne Beschäftigung und noch ist eine Wandlung zum Besseren nicht abzusehen. Durch die Arbeitslosigkeit haben diese Arbeiter im Jahresdurchschnitt den Monat nicht mehr als 11—22 M. verdienen können.

In der Provinz Mantua sind 10000 Tagelöhner ohne Arbeit. Hier wird als Teilarache der Krise die Umwandlung des Wacht-systems und die Einführung neuer Maschinen in die Fabriken genannt. Dazu kommt noch als Hauptursache die Zollmolegung der Textil- und Baumwollindustrie durch den Krieg. In den sonst so rührigen Industriestädten Oberitaliens wie Mailand, Turin und anderen Orten ist der Beschäftigungsklaus. Zurzeit sind in Mailand allein 40000 Arbeitslose und in den ländlichen Distrikten seiner nächsten Umgebung 20000. In der Provinz Venedig wird die industrielle Reservearmee auf 80000 Mann geschätzt.

Die Abordnung der Gewerkschaften hat die Regierung auf den großen Ernst der Situation aufmerksam gemacht und Mittel zu ihrer Ueberwindung vorgeschlagen. Eine große Zahl öffentlicher Arbeiten, die in Zeiten der Prosperität liegen geblieben sind, harrt der Erledigung, und die Gewerkschaften ersuchen die Regierung, sie jetzt zu beginnen, um den Arbeitslosen Arbeit und Brot zu geben.

## Soziales.

§ 63 H.G.B.

1. Ein Prinzipal, der die gesamten Krankheitsbeiträge zahlt, erachtet sich für berechtigt, das Gehalt um das Krankengeld, das der Gehilfe während der Krankheit bezog, zu kürzen. Die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verurteilte mit Recht den beklagten Prinzipal zur Auszahlung der einbehaltenen Beträge. In der Begründung heißt es: Die Vorschrift, daß das Krankengeld nicht anzurechnen werden darf, ist nach § 63 des Handelsgesetzbuchs eine zwingende. Sie kann durch Parteivereinbarung nicht aufgehoben werden. Die Frage, ob und welchen Teil der Chef zahlt, ist ganz belanglos. Uebrigens ist auch das Verlangen, das ganze Krankengeld zur Verrechnung zu bringen, schon deshalb unbegründet, weil der Chef ein Drittel ohne weiteres hätte zahlen müssen. Tariflich stellt die Bezahlung der Krankenbeiträge durch den Prinzipal lediglich eine Erhöhung des Gehalts dar, die ebensowenig Wirkung haben kann, als es z. B. die Uebernahme der Zahlung der ganzen Kosten der Invalidenversicherung wäre.

2. Vor derselben Kammer gelangte eine Klage eines Handlungsgehilfen zur Entscheidung. Der Kläger hatte sich dadurch eine „traumatische Neurose“ zugezogen, daß er mit einem Pofel in der Hand auf einen schon in Fahrt befindlichen Stadtbahnzug springen wollte und dabei vom Trittbrett herunter fiel. Ansprüche gegenüber dem Eisenbahnfiskus hatte der Kläger wegen des Unfalls nicht geltend gemacht, dagegen verlangte er von seinem Prinzipal Schadloshaltung während seiner Krankheitszeit.

Das Kaufmannsgericht kam zur Abweisung der Klage, weil es in dem Unfall des Gehilfen kein unverschuldetes Unglück im Sinne des § 63 des Handelsgesetzbuchs erblickte. Daß das Aufspringen auf einen fahrenden Zug ein großes Verschulden darstellt, ist nämlich vom Reichsgericht angenommen worden, heißt es in der Begründung. Ebensowenig aber wie die Eisenbahnverwaltung auf Grund des Darpflichtigkeit dem Kläger ersatzpflichtig wäre, kann es auch auf Grund der Bestimmung des § 63 der Prinzipal sein.

### Ein Vertrauensarzt in Unfallsachen.

Zur Aufklärung eines ärztlichen Irrtums, der eine schablonenhafte Behandlung veranlassen liess, wurde eine Berufungsklage des Arbeiters August Billa aus Elsdorf von dem Oberversicherungsamt vertagt. B. ist ein Invalid der Rillereigewerbe. Als Rillergeselle lernte er am 3. März 1900 in dem Fabrikhüschacht einer Dampfzähle und geriet sich dabei bei Kopfschlag am Scheitel und die Handwinkel, ferner erlitt er beim Sturz Hand- und Daumenverletzungen. B. erhielt die Unfallrente, die immer mehr vermindert wurde und zuletzt auf 15 Proz. bemessen war.

In der Zwischenzeit gab B. seine Profession auf und wurde landwirtschaftlicher Arbeiter. Als solcher mußte er nun auch der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zugewiesen werden. Um zu wissen, welcher Rentenanteil für B. gerechtfertigt sei, veranlaßte die Berufsgenossenschaft eine Untersuchung durch den Vertrauensarzt Dr. Gosthoff, der zu dem merkwürdigen Ergebnis kam, daß die Rente z. B. von 35 auf 20 Proz. herabgesetzt werden solle. B. wäre ja damit sehr zufrieden gewesen, andererseits aber die Berufsgenossenschaft, und ihr trat auch das Oberversicherungsamt bei, das

der Ueberzeugung war, daß sich der Arzt geirrt haben müsse und sich im Blute wohl verirren habe, denen B. erhielt in der letzten Zeit nur 15 Proz. Um aber auch den Interessen des Klägers gerecht zu werden, wurde die Untersuchung durch den Gerichtsarzt angeordnet und vom Arzt der Beklagten Bescheid eingeholt. Man „individuell“ scheint danach der Klager nicht behandelt worden zu sein, denn sonst wäre der Irrtum in der Registratur des Arztes nicht denkbar, oder wollte man nur im Beobachtungseifer der Berufsgenossenschaft den guten Willen zeigen?

### Die Giftigkeit des Methyloalkohols.

Au das furchtbare Sterben im Oebachhofenstahl in der Gräbelfraße während der Weihnachtsfeier, des vorigen Jahres, das alle Gemüter tief erschütterte, namentlich solange man seine Ursache noch nicht kannte, erinnert eine Abhandlung des Professors Dr. Schmiedeberg in Strahburg in den „Therapeutischen Monatsheften“ über die Giftigkeit des Methyloalkohols.

Obwohl die Schnapsfabrikanten jetzt wohl etwas vorichtiger sein werden bei Herstellung ihrer verschiedenen Schnapsarten, auch bei den Arbeitern der Schnapsbrennerei sich sehr bemühen, so sind es gerade die Armen, die sich in ihrem elenden Dinschleppen und Durstungen durchs Leben noch nicht aus den Klauen des Schnapssteufels haben befreien können. Deshalb wollen wir die Resultate der Untersuchungen Schmiedebergs hier mitteilen.

Schmiedeberg erklärt zunächst, daß die Giftigkeit des Methyloalkohols eine relative und im hohen Maße dadurch komplizierte ist, als dieser noch eine Menge verschiedener durch die traditionelle Destillation des Holzes entstehender, mehr oder weniger giftiger brennender (emphysematischer) Stoffe enthalten kann. Keinen Methyloalkohol habe er selbst und ebenso einige seiner Bekannten in Mengen von 15 bis 60 Gramm ohne bemerkenswerten Schaden getrunken; aber auch er wie seine Bekannten haben danach einen brennenden Geschmack im Munde und ein brennendes Gefühl in der Magengegend gehabt sowie Brechreiz und Speichelfluß. Bei mehreren seiner Bekannten verursachte der Methyloalkohol auch wirkliche Erbrechen. Aber von der allgemein beobachteten und reichenden noch von der herausgehenden Wirkung des gewöhnlichen Methyloalkohols konnte er nichts bemerken. Verührt wurde die Wirkung, wie auch Versuche an Hunden zeigten, wenn solche Dosen in kürzeren Fristen einige Zeit öfter gegeben wurden. Während Hunde, die jeden dritten Tag 15 bis 20 Kubikzentimeter Methyloalkohol erhielten, in wenigen Wochen eingingen, hatten sie keinen wesentlichen Schaden, wenn sie alle acht oder 14 Tage eine solche Dosis erhielten; sie nahmen dabei auch an Gewicht zu.

Bei den Sektionen solcher eingegangener Hunde fand Schmiedeberg neben etwas Methyloalkohol noch deutliche Mengen Ameisensäure im Magen, und er nimmt an, daß auch bei Menschen der Methyloalkohol oft nicht vollständig zu Kohlenäure, sondern zum Teil nur zu Ameisensäure verbrannt oder oxydiert wird, die wohl bei gefunden, gut genährten Menschen durch das bei der Verdauung der Eiweißstoffe der Nahrung sich von diesen abspaltende Ammoniak vollständig neutralisiert werden kann, so daß die Alkalität des Blutes keine Einbuße erleidet. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß bei schlecht genährten und durch Trunksucht oder andere Umstände heruntergekommenen Menschen diese Neutralisation der entstehenden Ameisensäure auf Kosten der Alkalität des Blutes vollzieht, indem bei geringer Eiweißkost das gebildete Ammoniak nicht mehr ausreicht, um dem Blut seine Alkalität zu erhalten und es vor einer Acidose (Säuerung) zu schützen; worauf dann die betreffenden Personen unter Erscheinungen einer akuten Vergiftung zugrunde gehen. Ob dadurch auch die Gefährdungen verursacht werden, ist noch näher zu untersuchen. Solche Zustände lassen sich mit Krankheiten vergleichen, in denen auch ohne besondere Beanspruchungen, z. B. bei Zuckerruhr (Diabetes), ein gewisser Grad von Acidose des Blutes eintritt, durch welche der Mensch auch schnell zugrunde geht.

Es muß weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben, die Richtigkeit dieser Ansicht Schmiedebergs zu erhärten. Jedenfalls wird auch durch ihn festgestellt, daß schlecht genährte, im Leben Schiffbruch erlittene, durch Trunksucht oder andere Ursachen heruntergekommene Menschen der Giftwirkung des Methyloalkohols weit eher und mehr wie der des gewöhnlichen Alkohols erliegen, als gut genährte, gesunde Personen.

### Die „gefüllte Kompottschüssel“.

Wie schwer es den Invaliden ist, in den „Genuß“ der Invalidenrente zu kommen, beweist die Statistik über die Rentenempfänger in Ostpreußen. Am Schluß des Jahres 1911 betrug in dieser Provinz die Zahl der Rentenempfänger 46688. Von den im Jahre 1911 eingegangenen 9306 Anträgen auf Bewilligung der Invalidenrente hatten nur 4785 Erfolg. Also nur der Hälfte war es gelungen, die Invalidenrente zu bekommen. In einer Provinz wurden in einem Jahre 4521 Invaliden abgewiesen. Da sieht man, wie glänzend in unserem Vaterlande „für die Rasenden und Schwachen gesorgt“ wird. Altersrentenempfänger waren 1911 in Ostpreußen 348. Von den im Jahre 1911 eingegangenen 488 Anträgen auf Gewährung von Altersrenten wurde 287 stattgegeben, 200 über 70 Jahre alte Personen wurden also abgewiesen. So sieht in der Wirklichkeit die gefüllte Kompottschüssel der alten und invaliden Arbeiter aus.

## Letzte Nachrichten.

### Das Ultimatum.

London, 3. Januar. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz überreichten die Delegierten der Verbündeten ein dreifaches Ultimatum betreffend Adrianopel, Areta und die Ägäischen Inseln. Sie gaben gleichzeitig zu verstehen, daß sie die Verhandlungen abbrechen würden, falls sie nicht bis Montag nachmittag 4 Uhr eine klare und zufriedenstellende Antwort erhalten. Die Türken schlugen vor, daß sie ihre Antwort morgen nachmittag 4 Uhr geben würden. Dieser Vorschlag wurde von den Delegierten der Verbündeten angenommen. Er wird als ein Anzeichen dafür aufgefaßt, daß die Türken einen Bruch für unvermeidlich ansehen.

Die Konferenz wurde dann um 7 Uhr 40 Minuten auf morgen nachmittag 4 Uhr vertagt.

### Die Flucht aus der ungarischen Regierungspartei.

Budapest, 3. Januar. (W. T. B.) Nachdem bereits drei Mitglieder der Regierungspartei ihren Austritt aus der Partei erklärt haben, weil ihnen die von der Regierung geplante Ausdehnung des Wahlrechts nicht weit genug geht, haben jetzt auch der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses Radosy und drei weitere Abgeordnete ihren Austritt aus der Regierungspartei aus demselben Grunde angemeldet.

### Die Bewegung im Saarrevier.

Saarbrücken, 3. Januar. (W. T. B.) In Geislautern und Oberbödingen fanden heute Bergarbeiterversammlungen statt, in welchen mehrere christliche Gewerkschaftsführer sprachen. Es wurde einstimmig beschlossen, wegen der Vorgänge auf der Grube Velsen bezüglich der Sicherheitsmänner in den Streik zu treten. Die Bewegung geht allem Anschein nach von den Bergleuten der Grube Velsen aus, welche die Bergarbeiter der benachbarten Gruben für eine Solidaritätserklärung zu gewinnen suchen. Es kommen familiäre Gruben der Berginspektionen 2 und 12 in Betracht.



Der Oberzenior in Ulm.

Die Redaktion der in Ulm erscheinenden „Donau-Wacht“ regt sich darüber auf, daß der „Vorwärts“ seine Berichte aus Württemberg wieder „mit dem leidlichen Parteilichkeit vermengt“.

„Warum muß sie das? Wer kann sie zu einer solchen Handlung zwingen, wer gibt hier Vorschriften, über deren unheilvolle Wirkungen man sich nach den Erfahrungen des letzten Jahres keinen Augenblick im Zweifel sein dürfte?“

Wir wollen die Witzbegierde der „Donau-Wacht“ gern befriedigen. Nichts als der journalistische Aufwand ihrem alten Korrespondenten gegenüber und die Ueberzeugung, daß Westmeyer ihr bisher in ganzen durchaus gute Dienste geleistet hat, „zwingt“ die Redaktion des „Vorwärts“ dazu, Westmeyer nicht einfach zugunsten eines anderen Genossen abzugeben.

Besonders läßlich aber macht es sich, daß ausgerechnet die „Donau-Wacht“ in ihrer folgenden Nummer das Eingreifen der Prehkommision einem anderen Parteiblatt, nämlich der „Göppinger Volkszeitung“ gegenüber, dem schärfsten Tadel unterwirft.

Just das gleiche möchten wir von der ganzen parteipolemischen Sensationsmacherei der „Donau-Wacht“ sagen!

Aus Industrie und Handel.

Kursverluste von Sparkassen.

Durch die Kursstürze infolge des Balkankrieges sind die Sparkassen arg betroffen worden. In Oesterreich erwägt man deshalb den Plan, den Sparkassen besondere Erleichterungen bei der Bilanzstellung zu gewähren.

Kleines feuilleton.

Der Ebering. In meiner Sturm- und Drangzeit bestellte ich mir zwei wertvolle Goldringe. Ich ließ sie zu einer Zeit anfertigen, als mir der eigene Herd begehrenswert schien und ich noch hoffte, ein solch traulicher Stätte Riesenkräfte für den Kampf ums Dasein neu zu schüren.

Den einen der Ringe steckte ich meiner Auserwählten an den Finger, den anderen nahm ich selbst. Damals habe ich schon die Möglichkeit erwogen, im Falle von Verlegenheiten mich dieses Ringes entäußern zu können.

Die ersten Ringe ruhten demnach beim Pfandleiher. Liehen die Zeiten es irgend zu, wurde das Pfand eingelöst. So sind sie hin und her gewandert, haben Freud und Leid mitbeweigend erlebt.

Das letzte Mal, als ich den meinen vom Verschamt holte und zu Soule mit besonderer Jactiertheit vom Finger streifte, gewahrte ich an ihm Kranten und Furchen, Spuren der Arbeit, die in dem weichen Metall sich eingegrät. Also auch das Gold, das zu diesem Ring verhandelt wurde, vermag den Härten des Lebens nicht standzuhalten.

Im diese Summe, die so klein ist, aber letzten Endes genügt, das Lebensschiff wieder flott zu machen, um diese Summe sind Millionen zu kurz gekommen! Das geht wie ein Zug durch das Leben des Proletariats, daß er nur von der Hand in den Mund hat, und meist das nicht einmal!

Wie schon so oft, werde ich auch diesmal mich wieder von ihm trennen müssen. Ich gehe dann wieder zu dem wohlbeliebten Pfand.

luste sofort aus den Meisterfonds gedeckt werden, so würden diese von 8 auf 3 Proz. der Einlagebestände sinken. Um das zu verhindern, soll die Abschreibung der Verluste auf 3 Jahre verteilt werden.

Anpannung der Reichsbank.

Die allgemeine Stodung des Kreditverkehrs und die Zurückziehung von Bargeld aus den Spar- und Depositenkassen infolge des Balkankrieges haben ultimo Dezember zu einer erheblichen Inanspruchnahme der Deutschen Reichsbank geführt.

Kaffeevalorisation.

Der von den Plantagenbesitzern und dem Staate Brasiliens mit Hilfe des Großkapitals gebildete Kaffeetrust unterhält in New York ein Lager von Kaffee. Die nordamerikanische Regierung beschlagnahmte im Frühjahr vorigen Jahres plötzlich dieses Lager und erobert auf Grund des Antitrustgesetzes Klage gegen den Trust.

Milchkrieg.

In München ist seit einigen Tagen wieder einmal ein heftiger Milchkrieg entbrannt. Bisher wurde die Milch in den Wintermonaten zu 16 Pf. und in den Sommermonaten zu 18 Pf. an die Milchgroßhändler geliefert, die mit einem Nutzen von 2 1/2 bezw. 2 Pfennig an Kleinbändler weiter lieferten.

Steigerung der Eisenproduktion.

„Standard“ bringt die Roheisenproduktion der Vereinigten Staaten im Jahre 1912 29 Millionen Tonnen gegen 23,65 Millionen Tonnen im Vorjahre, in Deutschland 17,75 Millionen gegen 15,85 Millionen Tonnen im Vorjahre und in England 9,1 Millionen gegen 9,718 Millionen Tonnen im Vorjahre.

Teifer — in Berlin-W — weil er höher bezahlt als die königliche Pfandleihe — und ringe mit dem Leben hinterher um die Summe, die mich wieder im Besitz meiner Ringe setzt.

Wann werde ich sie einmal nicht mehr fort zu geben brauchen? G. M.

Kunstziehung. Im Lichthof des Kunstgewerbemuseums und in den vorderen Ausstellungsräumen bekommen wir zu sehen, was den Schülern der Lehranstalt beigebracht wird. Am interessantesten sind die Arbeiten der Vorklassiker.

Gerichts-Zeitung.

Waffnierte Wahlfälschung.

Dem Reichsgericht unterlag am Donnerstag eine raffinierte Wahlfälschung zur Beurteilung, bei der die Frage, ob eine strafbare Wahlfälschung vorliegt nicht bedenkenfrei ist.

Der Reichsanwalt war der Ansicht, daß § 108 überhaupt denjenigen treffen wolle, der das Rechtsgut der Wähler, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, verletzt.

Man darf auf die Entscheidung gespannt sein. Erfolgt Verurteilung, so ist damit auch ausgesprochen, daß bei Proporzahlen jene Verbreitungen solcher Stimmzettel, die von den von einer Partei beschlossenen abweichen, denen aber der Ausschuss gegeben wird, als entsprächen sie dem Willen der Partei, nicht nur verächtliche Manipulationen sind, sondern auch mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Ehrverlust bedroht werden.

Betrügereien gegen Heimarbeiterinnen.

Betrügereien zum Schaden des „Deutschen Theaters“ und der für dieses beschäftigten Heimarbeiterinnen, ferner Diebstahl, Beleidigung und versuchte Verleitung zum Meineid wurden dem Zuschauer Raphael Barth zur Last gelegt.

Der Angeklagte war früher Zuführer am „Deutschen Theater“. Als solcher hatte er die Kostüme für den Theatergebäude zu schneiden und in den Ateliers des Theaters anfertigen zu lassen. Bei großen Ausstellungen durfte er Arbeit nach außerhalb an Heimarbeiter vergeben.

Der Angeklagte bestritt, sich in dieser Beziehung schuldig gemacht zu haben und behauptete, daß er die zu viel erhaltenen Beträge wieder im Interesse des Theaters verwendet habe. Ebenso bestritt er die Anschulldigung, nach und nach aus den Vorräten des Theaterateliers Goldbrokat und andere Stoffe im Werte von 657 Mark entwendet zu haben.

Notizen.

— Vorträge. Der französische Dichter Jean Richepin wird in der 6. Soiree des „Journals d'Allemagne“ am 4. Januar in der Hochschule für Musik einen Vortrag halten, sowie aus seinen Gedichten rezitieren.

— Theaterchronik. In den Willehabelleitungen beider Bühnen-Theater findet jetzt die Ausgabe der Abonnements statt. Es sind für dieses Quartal in Aussicht genommen: „Uriel Acosta“ von Gunglow, „Gyrano von Bergerac“ von Rostand, „Othello“ von Shakespeare, „Alein Dorrit“ von Schönthan, „Der Andere“ von Paul Imdan, „Geographie und Liebe“ von Stormon, und für die Festtagszeit die Salingerische Poffe „Die Reise durch Berlin in 80 Stunden“.

— Theaterherrentum. Herr Däßen hat gelegentlich seines Intendantenpublikums auch über das Verhältnis der Theaterherren zu ihren Angestellten geredet. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bühnenerenns, der sich sehr scharfmoderisch gebildet. Seine Erzählung hat die Realität zu glauben, die Theaterleute würden sich mit dem Theaterpatronat ausüben, um dafür gelegentlich huldvoll gewährte Gnaben einzutauschen.

— Prof. Rich. Beltrich, der Verfasser einer unvollständigen Schillerbiographie, ist im 68. Lebensjahre in München gestorben.

— Im Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, werden im Januar, Februar und März d. J., Sonntags von 10 1/2 bis 12 Uhr wieder Vorträge und Führungen mit Lichtbildern und Demonstrationen abgehalten werden, darunter im Januar folgende: 12. Januar Prof. Stremme: Erdgeschichte und Geologie von Deutschland, I. Teil. Prof. Delowshy: Gold, Silber, Kupfer. 19. Januar Prof. Stremme: Erdgeschichte und Geologie von Deutschland, II. Teil. Dr. Kulmann: Gisthungen. 26. Januar Prof. Delowshy: Eisenerze. Prof. Stremme: Die Riesenschichten von Deutsch-Ostafrika. Dr. Kulmann: Deutsche Altkistenkunst.



glücklich zu machen, jedoch nur in dem Sinne, daß sie die rechte Wahrheit sagen solle.

Staatsanwalt Schwemann hielt auf Grund der Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten in jedem Punkte für erwiesen und beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Verleitung zum Meineide frei und verurteilte ihn im übrigen zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

#### Gegen Kellameisler.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze landwirtschaftlich hervorragender Gegenden hat der Regierungspräsident zu Frankfurt a. O. unter dem 28. März 1912 eine Polizeiverordnung erlassen, durch die er für gewisse Strecken der Ostbahn unter anderem anordnet, daß in einer Entfernung von weniger als 300 Meter vom Bahnhöfe Kellameisler, die das Landschaftsbild beeinträchtigen, nicht angebracht werden dürfen. Gegen die Verordnung sollte sich der Landwirt Schulz vergangen haben. Er hatte innerhalb der angeordneten Entfernung vom Bahndamm auf seinem Grundstück ein sehr großes Kellameisler auf Pfählen stehen. Er bestritt, strafbar zu sein, da er nicht die Kellameisler errichtet habe, sondern die Kellameislerfirma Junk, an die er das fragliche Grundstück verpachtet habe.

Angeklagter wurde auch von der Strafkammer Landsberg a. W. freigesprochen, weil die Verordnung sich nach ihrem Inhalt nur gegen den unmittelbaren Eigentümer der Kellameisler, nicht gegen den Verpächter des Grund und Bodens richtete.

Das Kammergericht hob dieser Tage auf die Revision der Staatsanwaltschaft die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das Landgericht irrt, wenn es annimmt, der Verpächter des Grund und Bodens sei nicht haftbar für die Verletzung der Verordnung. Der Verpächter sei ebenfalls haftbar, wenn er der Täter oder Mittäter sei. Er sei aber ein Täter, da er die Aufstellung der Kellameisler auf seinem Grundstück geduldet und ja das Grundstück überhaupt zu dem Zwecke an die Kellameislerfirma Junk vermietet habe. Das Landgericht müsse sich nochmal mit der Sache beschäftigen. Es müsse bei der neuen Verhandlung auch nachprüfen, ob die Voraussetzungen für die Gültigkeit der Verordnung gegeben seien. Nach der Auffassung des Kammergerichts genüge es nicht, daß der Regierungspräsident eine Gegende für landwirtschaftlich hervorragend ansehe, um die Verordnung für die Gegende als rechtsverbindlich erscheinen zu lassen. Es sei vielmehr Sache des Richters, nachzuprüfen, ob es sich wirklich um eine landwirtschaftlich hervorragende Gegende handele.

#### „Schwindelbankier“.

Dem am nächsten Dienstag vor der 10. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Günther beginnenden Prozeß gegen Sattler und Genossen wird eine Dauer prophezeit, die diejenige des seligen Pommeranerbankprozesses noch in Schatten stellen dürfte. Die Anklage gegen Otto Sattler beschuldigt diesen des vollendeten und versuchten Betruges, der Kommissionshändler, der gewerbmäßiges Verleiten zum Börsenspiel, der Erpressung und des Erpressungsverjudes, darin bestehend, daß er Kunden zwingen wollte, nicht schuldige Geldbeträge auf Grund der Drohung, Mitteilungen an die vorgesetzte Dienstbehörde zu erstatten, ihm zu zahlen, ferner des Kontroversgehens, der Urkundenfälschung und des Steuervergehens. Außer Sattler sind 16 Personen — ehemalige Angestellte bzw. Mitbegründer der „Merkur-Bank“ — angeklagt. Es sind dies: 1. Kaufmann Paul Bruchhorst, 2. Kaufmann Max Tonn, 3. Wili. Marquardt, 4. Willibald Heinide, 5. Leo Hermann Girsh, 6. Max Pollak, 7. Paul Stern, 8. Marcell Stern, 9. Arthur Kalmann, 10. Alexander Justus, 11. Georg Vauderer, 12. Max Groß, 13. Simon Bernheim, 14. Martin Farago, 15. Max von Ameronge, 16. Wilhelm Bidenbach.

Von den Angeklagten werden fünf nicht im Anklageraum erscheinen. Pollak, eine der Hauptkräfte Sattlers im Betriebe der „Merkur“, der als Anerkennung für seine Tätigkeit seinerzeit von Sattler ein Zigarettenetui mit Brillanten und eine Uhrkette mit Perlen zum Geschenk erhalten ist, ist Berlin untreu geworden. Er soll zurzeit zusammen mit dem Angeklagten Bernheim in Wien einen florierenden bucketshop betreiben. Neben Pollak war Paul

Stern, der ebenfalls vorgezogen hat, Berlin zu verlassen, die Hauptkräfte des Sattlerschen Betriebes. Der Angeklagte Marcell Stern, der eine sehr umfassende Animeritätät im „Merkur“ entwickelt haben soll, wird gleichfalls gesucht und von Wien wegen Betruges verfolgt. Farago hat nach seinem Austritt aus dem Sattlerschen Betriebe selbst einen bucketshop begründet und wird deswegen fleißig verfolgt. — Der Angeklagte Bruchhorst war seinerzeit erster Buchhalter im „Merkur“ und stellvertretender Direktor. Tonn hat die ganze Gründung mitgemacht, Marquardt war früher im Bankgeschäft F. W. Krause u. Co. tätig und hat sich dort Untersuchungen zuschulden kommen lassen; in seinen Händen soll die ganze Geschäftsleitung der „Merkur-Bank“ gelegen haben. — Heinide war zusammen mit Bidenbach Mitbegründer des „Merkur“, die übrigen Angeklagten waren Reisende für Sattler.

Staatsanwalt Schwidderath, der die riesige Anklage vertritt, macht ihnen allen zum Vorwurf, daß sie in voller Kenntnis der von der Anklagebehörde als betrügerisch angesehenen Geschäftspraktiken des Sattlers die Sache mitgemacht, den bucketshop-Betrieb der „Merkur-Bank“ sowie der sogenannten Zweiggeschäfte als realen Bankbetrieb hingestellt, Gewinnchancen und angebliche Informationen vorgespiegelt und unerfahrene bzw. leichtsinnige Leute zu Börsenspekulationen verleitet haben.

In dem Anklagepunkt des Konkursvergehens wird behauptet, Sattler habe sich eines allzu großen Aufwandes schuldig gemacht. In kurzer Zeit soll Sattler Ansummen für kostbare Strümpfe, für Leibwäsche, für Anzüge, Schmuckstücken, Vergnügungsfreifen, Unterholz, für sein Automobil und seine Pferdeequipe, ferner für Zechen im Lindenlino und Kneipereten in Weinrezeuants usw. verbraucht haben. Es soll berechnet worden sein, daß er in der kurzen Zeit seiner Bankierstätigkeit über 200 000 M. zu Privatziwecken verausgabt hat. Interessant ist, daß Sattler in Gemeinschaft mit Bidenbach eine nur in einer Nummer erschienene Zeitschrift „Der Leuchtturm“ herausgab — und für diese Nummer einen Artikel „Der Schwindelbankier“ geschrieben und veröffentlicht hatte. — Die Zahl der Kunden, mit denen Sattler in Verbindung stand, betrug 250. Da außer dem umfangreichen allgemeinen Teil der Anklage circa 120 Einzelgeschäfte mit Kunden erörtert werden müssen, so ist schon durch diese Tatsache die ungewöhnlich lange Dauer des Prozesses begründet. Da eine Hilfskammer für die Dauer dieses Prozesses nicht gebildet ist und somit die 10. Strafkammer auch noch die laufenden Sachen zu erledigen hat, wird der Prozeß Sattler immer nur an drei Tagen der Woche verhandelt werden. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 63, vorn vier Treppen — Fachstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnemententwertung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Stille Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**S. W. 64. Ja.** — Spind 1. 1. Rein. 2. Die Auszahlung kann auch anderweit erfolgen. Jedoch muß beim Grundbuchamt die Löschung beantragt werden. Auf Grund einer löschungsfähigen Quittung, die vom Gläubiger anzustellen und notariell oder gerichtlich zu beglaubigen ist.

**S. W. 67. Ja,** sofern sich dazum läßt, daß Sie erst jetzt bestimmte Kenntnis von dem Grund bekommen haben. — **S. W. 10.** Die Bestimmungen des Mietvertrages sind maßgebend. Ohne Rücksichtnahme in denselben lassen sich Ihre Fragen daher nicht beantworten. — **S. W. 1.** In solchen Fällen kann der ganze Lohn beschlagnahmt werden. 2. Sofern der Vorbehalt vor Zustellung des Wändungsbeschlusses gewährt ist, kann er zunächst geführt werden. 3. Sofern der Kausal Ihnen beigeordnet ist, brauchen Sie nichts zu bezahlen und können auch Herausgabe der Schriftstücke verlangen. Andernfalls kann der Anwalt die Herausgabe bis zur Bezahlung der Restkosten ablehnen. Eine Urteilsausfertigung erhalten Sie selber auf Antrag bei Gericht. 5. 5 Jahre. — **S. W. 73.** Senden Sie sich an den Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins für den letzten Berliner Reichstagswahlkreis, Neue Hochstr. 43. — **S. W. 35.** 1. Ja. 2. 25 M. — **S. W. 103.** Teilen Sie die Angelegenheit dem Vorstand Ihres Verbandes mit, unseres Vorschlags liegt Maßregelung vor. — **S. W. 7. Ja.** — **S. W. 69.** 1. Dem Angestelltenversicherungsgesetz. 2. Nein. Es empfiehlt sich aber zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Rechte aus der Invalidenversicherung die Weiterversicherung. — **Wittenau 8.** Die Höhe des Verdienstes ist nicht ausschlaggebend. Es kommt in der Regel darauf an, in welchem Umfange der Arzt Erwerbsunfähigkeit für vorliegend erachtet. 2. Ohne Angabe der Höhe Ihres Verdienstes nicht zu beantworten. —

## Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.

134/1

Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 33:

### Versammlung.

Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83—85.

Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Montag, den 6. Januar 1913, abends 6 1/2 Uhr:

### Versammlung

jämlicher in Charlottenburg arbeitenden Klempner

im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Da wichtige Fragen erörtert werden, ist das Erscheinen aller, insbesondere derjenigen Kollegen, die bei Klempnermeister beschäftigt sind, notwendig. 110/4

### Achtung! Vertrauensleute! Achtung!

In der Nr. 1 der „Metallarbeiter-Zeitung“ liegt das von der Generalversammlung beschlossene Flugblatt wegen der Hauskassierung bei. Wir erfordern die Vertrauensleute und Mitglieder, davon Kenntnis zu nehmen und dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied ein Flugblatt erhält. Die Ortsverwaltung.

**Waldorf Astoria Cigarettes**

Hockey 3 Pf.  
Clito 5 Pf.

Millionen  
gebrauchen gegen  
Husten

# Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in verpackten Paketen, niemals lose ausgewogen.

gegen Heiserkeit,  
Verschleimung,  
Brust-Katarrh

# PEEK & CLOPPENBURG

Gertraudenstraße 25-26-27 □ BERLIN □ Roßstraße 1-la-2

Montag, 6. Januar bis Montag, 20. Januar

## Inventur-Verkauf

zu vorteilhaften, niedrigen Preisen.

Zum Verkauf kommen fast nur tadellose Restbestände in besseren Qualitäten, welche trotzdem billig verkauft werden! Besonderes Angebot in Knaben- und Jünglings-Anzügen in besserer Ausrüstung. Herren-Sakko-Anzüge in modernen Farben und neuester Machart, außerordentlich preiswert.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokr. Wahlverein für d. Reichst.-Wahlkr. Niederbarnim. Bezirk Lichtenberg.**  
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**August Obel**  
Wäinger Str. 1a, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle in Wäingen aus statt. Zug fährt 3.20 Uhr.  
Rege Beteiligung erwartet.  
14/1 Die Bezirksleitung.

**Sozialdemokratische Wahlverein Niederbarnim. Bezirk Weihensee.**  
Am Donnerstag, den 2. Januar, starb unser Mitglied, der Politiker  
**Wilhelm Teichert**  
im 47. Lebensjahre an Lungenerkrankung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in der Bildelhöhe aus statt.  
Um recht zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. Verwaltung Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß am 31. Dezember nach längerer Krankheit unser altes, treues Mitglied, der Glaspöbhaber  
**Oskar Meißner**  
im Alter von 69 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken in Ehren!  
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 4. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Luisenfriedhof in der Bergmannstr. statt.  
Um Beteiligung erucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter - Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollege, der Hausdienter  
**Peter Bujala**  
am 1. d. Mts. im Alter von 50 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Buch- und Stein-druckerei - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.**  
Am 1. d. M. verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied  
**Max Reuter**  
im Alter von 31 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 3/4 Uhr, auf dem alten Sophienkirchhof, Berlin-Waldow-Strasse statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Herm. Laudien**  
Reichenberger Str. 157, am 31. Dezember an Herzleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Neuföhren, Hermannstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
110/5 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Großvater und Schwiegervater, Onkel und Schwager, der Arbeiter  
**August Braun**  
am 1. Jan. plötzlich verstorben ist.  
Dies zeigt tiefbetrübt an  
Witwe Maria Braun geb. Günther nebst Kindern. 1912b  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Neuföhren, Hermannstraße, aus statt.

**Dantfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Freunden, Verwandten, Bekannten sowie dem Herrn Ober und den Kollegen der Firma Garmshausen und dem Anglerverein Obersee meinen herzlichsten Dank.  
Am Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Anna Borowski.**

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine  
**Monats-Garderobe direkt an Private.**  
Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

**VERA**  
3 Pfg.-Cigarette  
*Joseffi*

**Salamanderstiefel**  
stellen Sie zufrieden.  
Fordern Sie Musterbuch V

**Einheitspreis 12.50**  
für Damen u. Herren M.  
Luxus-Ausführung . M. 16.50

**Salamander**  
Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

1. W 8 Friedrichstrasse 182	10. W Martin-Luther-Strasse 2
2. SW Friedrichstrasse 221	11. NO Gr. Frankfurter Str. 102
3. SW Friedrichstrasse 204	12. S Oranienstrasse 42
4. N Friedrichstr. 118/19	13. NW Turmstrasse 9
5. C Königstrasse 47	14. Charl., Wilmersdorfer Str. 126
6. W Potsdamer Strasse 5	15. Steglitz, Schloss-Strasse 20
7. C Rosenthaler Tor	16. Friedenau, Rheinstrasse 1-3
8. W Tauentzienstrasse 15	17. Spandau, Breite Strasse 30
9. N Badstrasse 20	18. Potsdam, Nauener Strasse 24

**WESTMANN**  
Mohrenstr. 37 a  
Gr. Frankfurterstr. 115.

**Juvenieur**

Abt. I: <b>M. 8</b> früher bis 29.— <b>Ulster Kostüme Kleider</b>	Abteilung II: <b>M. 18</b> früher bis 72.— <b>Abendmäntel Kostüme Samtmäntel</b>	Abteilung III: <b>M. 39</b> früher bis 94.— <b>Püschmäntel Phant.-Konfektion Gesellschaftskleid</b>	Abteilung IV: <b>M. 50</b> früher bis 140.— <b>Pelzjackets Püsch-Konfektion Kostüme</b>
--	---	--	--

Elegante Modelle bis zu 60% ermässigt!  
Der Verkauf während der Inventur beginnt schon 8 1/2 Uhr morgens.  
Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr!

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.**  
Grenadierstraße 37, Hof geradezu, 1 Treppe.  
Lehrplan für das 1. Quartal 1913.

Sonntag: **Nationalökonomie.** (Bank-, Börsen- und Verkehrswesen).  
Das Wesen und die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Die Akkumulation, Zentralisation und Konzentration des Kapitals. — Das Finanzkapital. — Die Banken. — Begriff und Geschichte der Börse. — Ihre kapitalistische Notwendigkeit, ihre Einteilung und Organisation. — Die börsenmäßigen Handelsgeschäfte, die Börsen-Termingeschäfte. — Der Weltverkehr.  
Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: **Rednerschule** (mit mündlichen und schriftlichen Übungen).  
Der Ausdruck in Wort und Schrift. — Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. — Hilfsmittel der öffentlichen Tätigkeit: die Registratur, die Handbibliothek, das Vereins- und Versammlungswesen, die Geschäftsordnung und anderes. — Praktische Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik.  
Vortragender: Max Grunwald.

Montag: **Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus** (II. Teil. Fortsetzung des im vorigen Quartal abgehaltenen Kurses).  
Die Forderungen des Sozialismus. — Stellung des Sozialismus zu den Verfassungsfragen. — Desgleichen zum Militärwesen. — Sozialismus und Frauenfrage. — Erklärung der Religion zur Privatsache. — Sozialismus und Schule. — Sozialistische Steuerpolitik.  
Vortragender: Julian Borchardt.  
Der Inhalt des ersten Teils wird zu Anfang kurz wiederholt, so daß sich auch neue Hörer beteiligen können.

Dienstag: **Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen.** (II. Teil).  
Vortragender: Emil Dittmer.  
Dieser Kursus findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, vorn 2 Treppen rechts, Zimmer 27 (Transportarbeiter-Verband), statt. Mitglieder, die gewillt sind, an diesem Kursus teilzunehmen, müssen mindestens ein Jahr Mitglied der Schule sein und einen Kursus im Gewerkschaftswesen besucht haben. Meldungen sind bis zum 8. Januar 1913 an den Vorsitzenden H. Lammé, Lichtenberg, Rittergutstr. 25 I, einzureichen.

Dienstag: **Naturerkenntnis.**  
Das Leben auf der Erde. — Grundlage und Aeusserungen des Lebens. — Tier und Pflanze. — Die Abhängigkeit der Lebewesen von den Einwirkungen der Umwelt. — Die Entwicklungsgeschichte und ihre Hilfswissenschaften. — Darwinismus und Marxismus.  
Vortragende: Käthe Duncker.

Mittwoch: **Geschichte.** (Preussische Geschichte und Verfassung).  
Entstehung und Wesen des preussischen Staates. — Fürsten und Junker. — Preußen im Beginn des 19. Jahrhunderts. — Die Befreiungskriege. — Die Zeit der Reaktion. — Die revolutionäre Bewegung in der vormärklichen Zeit. — Die Revolution von 1848. — Die Konterrevolution. Die Entstehung der preussischen Verfassung. — Die Zeit der Reaktion. — Reichsverfassung und preussische Verfassung. — Preussische Verwaltung und preussische Politik. — Der Kampf um das neue Preußen.  
Vortragender: Konrad Hähnisch.

Freitag: **Gewerkschaftswesen.** (Sozialpolitik der Gewerkschaften).  
1. Zur Einführung: Was ist Sozialpolitik? Die sozialpolitischen Aufgaben von Staat und Gemeinde. — 2. Sozialpolitik der deutschen Gewerkschaften. — 3. Erwerbslosen-Unterstützung. — 4. und 5. Arbeitsnachweis und Stellenvermittlungsgesetz. — 6. und 7. Lohnkampf und Tarifverträge. — 8. Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge. — 9. Gewerkschaften und Genossenschaft. — 10. Das Koalitionsrecht.  
Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: **Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (I).**  
1. Das Einigungsprogramm und seine Kritik. — Die organisatorischen Fortschritte. — 2. Die Attentatschetze. — Das Sozialistengesetz und die Zertrümmerungsarbeit der Polizei. — Die Gründung des „Sozialdemokrat“. — 3. Die Auseinandersetzung mit Most und Hasselmann. — 4. Wahlerfolge. — Sozialreformerische Lockversuche. — 5. Ein letzter Unterdrückungsversuch: Streikerlaß, Expatriierungsvorlage. — 6. Ende des Sozialistengesetzes — Rückblick auf die zwölf Jahre unterm Ausnahmegericht. — Die Wahl 1890. — 7. Taktische Differenzen in der Ausnahmegerichtszeit. — Die Bewegung der „Jungen“. — 8. Die Erneuerung der Organisation und des Programms. — Stellung der Partei zu den Genossenschaften und Gewerkschaften. — 9. Die neue Internationale. — Der Siegesszug der Partei in den neunziger Jahren. — Der Revisionismus und die daraus erwachsenen Streitfragen. — 10. Die deutsche Sozialdemokratie in den letzten zwölf Jahren.  
Vortr. ender: Emil Eichhorn. 6/17\*

**Unterrichtsbeginn:** Sonntag, den 12. Januar, vormittags 9 Uhr: Nationalökonomie; 11 1/2 Uhr: Rednerschule. Montag, den 13. Januar: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. Dienstag, den 14. Januar: Naturerkenntnis. Dienstag, den 14. Januar: Fortschrittskursus im Gewerkschaftswesen; im Gewerkschaftshaus, Zimmer 27. Mittwoch, den 15. Januar: Geschichte. Freitag, den 17. Januar: Gewerkschaftswesen. Sonnabend, den 18. Januar: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie (II. Teil).

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende resp. Sonntagvormittage. Abends Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. Sonntag vormittags Beginn 9 Uhr resp. 11 1/2 Uhr; Schluß 10 1/2 resp. 1 1/2 Uhr.

Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2-8 1/2 Uhr, Sonntags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kurses im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstraße 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstraße 6; Horsch, Engelufer 15.

Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 69, Hasenheide 66, zu richten.  
Der Vorstand.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Pichelswerder**,  
an der neuen **Beckstrasse** beim **Alten Freund**.

Nur seinem hervorragend feinen Geschmack verdankt der  
**Kapitän-Kautabak**  
den guten Ruf, den er unjährlig besitzt. Suchen Sie einen  
Beruh mit dem **rechten Kapitän-Kautabak** und Sie werden von  
seiner Güte überzeugt sein.  
Verkaufsstellen, wo auch die fl. Kautabakdosen gratis ver-  
abfolgt werden, weist gern nach:  
52982\*  
C. Röcker, Berlin, Gellnerweg 119 (Königstr. 2861).



Kaffee

1/2-Pfund-Paket

65, 70, 75 Pf.

Haushalt-Schokolade

Pfund 68 Pf.

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zuwendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

### Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund 1.40	Landlober od. R-lwurst I	Pfund 95 Pf.
Schinkenwurst	Pfund 1.40	Zwiebel- od. Blutwurst	Pfund 60 Pf.
Thüringer Knoblauchwurst	Pfund 1.40	Schinkenspeck	Pfund 1.20
Teewurst	Pfund 1.25	Nusschinken	Pfund 1.30
ff. Leberwurst	Pfund 1.10	Würstchen	3 Paar 25 Pf.

### Obst- und Gemüse

Amerikaner Apfel	Pfund 15, 25 Pf.	Mandarinen	Pfund 23 Pf.
Californische Apfel	Pfund 25, 35 Pf.	Rot- Weiss, Wirsingkohl	Kopf 5, 9 Pf.
Kochäpfel	Pfund 10 Pf.	Grünkohl	3 Pfund 20 Pf.
Zitronen	Dutzend 25, 35 Pf.	Kohlrüben	3 Pfund 10 Pf.
Apfelsinen	Dutzend 25, 35 Pf.	Blumenkohl	Kopf 15, 25 Pf.

Kakao

deutscher Pfund ... 68, 95 Pf.

Kakao

holländischer Pfund ..... 1.35

Speise-Kartoffeln 28 Pf.

Bratenschmalz 65 Pf.

Hasen gestreift 3.25 4.25

### \* Frisches Fleisch

Hammeldinnung	Pfund 55 Pf.	Fehrippe	Pfund 75 Pf.
Dicke Rippe	Pfund 65 Pf.	Schmorfleisch m. Knochen	Pfd 85 Pf.
Suppenfleisch	Pfd 70 Pf.	Bauch	Pfund 80 Pf.
Schweineschinken	im Ganzen... Pfund 80 Pf.		

Rehblätter 1.75 2.25

Suppenhühner 1.75 2.25

Gänse 75 80 Pf.

### Butter und Käse

Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket 65 Pf.
Schweizer Käse	Pfund 90 Pf.
Limburger Käse	Pfund 58 Pf.
Romatour Käse	Stück 32 Pf.

### Fischkonserven

Sardinen in Öl	Dose 38, 48 Pf.
Sardinen oder Anchovis	Glas 25 Pf.
Bismarck- od. Bratheringe	Dose 48 Pf.
Rollmöse	5 Stück 18 Pf.

### Räucherwaren

Aale geräuchert	Pfund 1.40
Bücklinge	5 Stück 18 Pf.
Lachs in Stücken	Pfund 95 Pf.
Sprotten	Kiste 45 Pf.

### Kolonialwaren

Victoria-Erbsen	Pfund 20 Pf.
Erbsen geschält	Pfund 24 halbe Pfund 22 Pf.
Bohnen weiss	Pfund 20, 24 Pf.
Reis	Pfund 20, 25, 30 Pf.

Montag den 6. Januar beginnt unser

# Inventur-Ausverkauf

Es kommen ausser bei der Inventur zurückgesetzte Waren grosse Posten andere besonders vorteilhafte Artikel und Restposten enorm billig zum Verkauf

Verkaufsstelle für Abonnementsmarken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Besellschaft

## Siemens Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen,

billigster und nahrhafter Tafel-Aufschnitt,

hergestellt aus 1 a Rindfleisch, unter behördlicher Aufsicht.

Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Laut Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beeidigter Gerichtschemiker, enthält "Siemens Kraftfleisch" alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, übertreibt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

### Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! ...

Betten, Eison 9., Brunnenstr. 70, im Keller. 19008\*

Teppiche, Prachtküche (Farbenlecher), für halben Preis. ...

Germanianus 6. Handeltisch. Federbetten! ...

Teppiche! (leiderlos) in allen Größen, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge und Paletots ...

Federbetten, Stand 11., 16., ...

Radsfahrerkarten. Wir empfehlen ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge und Paletots ...

### Großes Herrengarbende.

Leibhaus Brunnenstraße 70. 28398\*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark ...

Federbetten, Stand 11.00, 15.00, 22.00, ...

Goldwaren, Uhren, Ketten, Broschen, ...

Nähmaschine, neu, tadellos, ...

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stamper, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wäsche, Dringmaschinen, prima billige, ...

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leibhaus ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

### Ohne Geld 0,50 wöchentlich

Gardinen, Portieren, Teppiche, ...

Monatsanzüge, Winterpaletots, ...

Kanarienvogel Schützenstr. 11/12 I.

Es lohnt nur bei Max Weis, 88, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

### Teilzahlung.

Kleines Möbel, herrliche Möbel für ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

### Musikinstrumente.

Pianino, hohes, guter Ton, 115,- ...

Pianino, tragbares, erstklassiges ...

Bilder.

Bilder, Sie kaufen Bilder nirgends ...

Kaufgesuche.

Hochzeit, Kette, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

### Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache, ...

Tanzschule Adel, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

Wiederholte elegante Herrenanzüge, ...

## Berichterstatter

Für die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ in Duisburg ...



Mehr Fürsorge für hungernde Schulkinder

fordert Helene Simon in einer Broschüre „Die Schulspeisung in Groß-Berlin“, die in den „Schriften der Gesellschaft für soziale Reform“ als Heft 8 des 4. Bandes erschienen ist. Ein bisheriges hat die „Gesellschaft für soziale Reform“ ihr Augenmerk auch auf die Not der hungernden Schulkinder gerichtet und einen Untersuchungsausschuss für die Schulspeisungsfrage eingesetzt, der seine Arbeit im Winter 1911/12 mit einer Umfrage über die Lage der Schulspeisung in Groß-Berlin begann. Helene Simon hat in dieser Broschüre die Ergebnisse der Umfrage zusammengestellt und im Hinblick auf die daraus ersichtliche Ungleichheit der bisherigen Schulspeisungsanordnungen Groß-Berlins eine Reihe von Vorschlägen zur weiteren Ausgestaltung gemacht.

Die befragten Gemeinden haben, soweit sie überhaupt antworteten, sich oft recht ungenau und unvollständig geäußert und manchmal sich offenbar mit ganz oberflächlichen Ermittlungen begnügt. Von einem klaren Gesamtbild, das sich aus der Zusammenstellung der Antworten ergäbe, kann keine Rede sein. Aber das eine tritt allerdings deutlich und klar genug hervor, daß die Fürsorge für die hungernden Schulkinder, wie sie in den Ergebnissen dieser Umfrage sich zeigt, ein höchst unbefriedigendes Bild bietet.

Von 88 Gemeinden (Berlin nebst näheren Vororten), die befragt wurden, antworteten 33. Für die Zusammenfassung der Antworten sind 29 Gemeinden berücksichtigt worden, deren Angaben sich in die zahlenmäßige Darstellung einfügen ließen. Ueber Einrichtungen zur Schulspeisung konnten nur 18 Gemeinden berichten, und nur 15 davon gaben auch die Zahl der gespeisten Schulkinder an. Simon berechnet für die 29 Gemeinden die Einwohnerzahl auf 3 532 628, für 26 davon die Zahl aller Schulkinder auf 398 020, für 15 davon die Zahl der gespeisten Schulkinder auf 10 637. Natürlich lassen diese Zahlen sich nicht miteinander vergleichen.

Frühstück wurde in der Schule teils vor Beginn des Unterrichts, teils erst in der großen Pause gereicht. Die Umfrage ergab 1459 Kinder, die vor dem Unterricht, und 1036, die in der Pause ein Frühstück erhielten, das sind zusammen 2495 Kinder in 11 beteiligten Gemeinden. Hierbei ist abgesehen von Neukölln, das nur die Portionenzahl nannte, und von Berlin, das genaue Angaben über das Frühstück nicht machte. Zählt man dazu aus Berlin noch 1805 Kinder, über die eine diesbezügliche Angabe vorliegt, so sind im ganzen 4300 in 12 Gemeinden. Simon schätzt für Groß-Berlin überhaupt die Summe der mit Schulfrühstück unterstützten Kinder im pünktigen Fall auf 5500. Ueber Gewährung von Mittagbrot wurde aus den 10 hier beteiligten Gemeinden — wieder ohne Neukölln, das nur die Portionenzahl nannte, aber hier mit Berlin — für 8838 Kinder berichtet. Nebenbei bemerkt: die angegebenen Zahlen sind niemals Durchschnitts-, sondern immer die Höchstzahlen, die in den Monaten des größten Bedürfnisses ermittelt wurden. Simon faßt die Zahlen für Frühstück und für Mittagbrot zusammen und weist gegenüber der sich so ergebenden Gesamtzahl von höchstens 12 000 in der Schule gespeisten Kindern darauf hin, daß in Wien, das ja kleiner als Berlin und sehr viel kleiner als Groß-Berlin ist, 17 000 Kinder in der Schule ein Mittagbrot erhalten.

Daß in Groß-Berlin nur ein Teil der tatsächlich bedürftigen Kinder berücksichtigt wird, gilt den Sachkennern als zweifellos. Eine Betrachtung der einzelnen Gemeinden läßt erkennen, daß in manchen die Leistungen der Schulspeisung, soweit sie eine solche überhaupt schon haben, ganz besonders arg hinter dem Bedürfnis zurückbleiben. Simon hebt hervor, daß in Charlottenburg, wo die Gesamtzahl der Gemeindegatschulkinder sich auf rund 25 400 belief, 212 000 Frühstücksportionen und 182 900 Mittagspartien ausgeteilt wurden. Dagegen habe Neukölln bei einer Gesamtzahl von 33 500 Gemeindegatschulkindern über Verteilung von nur 34 700 Frühstücksa- und 40 900 Mittagspartien berichtet. Rachenstück stimmt uns auch, daß z. B. ein Ort wie Lichtenberg bei damals 11 094 Schulkindern nur 200 Kindern eine Schulspeisung gewährte, oder daß in Oberschöneweide mit einer fast ausschließlich proletarischen Bevölkerung bei 4000 Schulkindern nur 79 der Schulspeisung bedürftige Kinder herausgefunden worden sind. Der Begriff „Bedürftigkeit“ wird eben in der einen Gemeinde weiter, in der anderen enger gefaßt. Man kann nur dem zustimmen, was Simon über die beobachteten Ungleichheiten sagt: „Je größer im Verhältnis zur Einwohnerzahl das Schülerheer, je proletarischer die Bevölkerung, je härter das Bedürfnis, um so geringer die Fürsorge.“ In manchen Gemeinden, für die man gleichfalls ein nicht geringes Bedürfnis voraussetzen muß, fehlte es sogar noch an jeglicher Schulspeisung. So hatte Rosenthal mit 90 Volksschulkindern geantwortet, daß „ein Antrag zur Ergreifung besonderer Maßnahmen nicht vorliegt“. Wittenau mit 1800 Schulkindern war „der Frage bisher nicht näher getreten“. Fegel mit 2500, Groß-Lichterfelde mit 3573, Pantow mit 6681 und noch manche andere Vorortgemeinde glaubten gleichfalls noch keine Schulspeisung nötig zu haben. Auch Berlin ist nicht glücklich da, wenn man es z. B. mit Charlottenburg vergleicht. Charlottenburg gab täglich 700—750 Schulkindern Mittagbrot. Hieran gemessen müßte Berlin, das durchschnittlich nur 3627 und im Höchstfall 4746 Schulkindern eine Mittagspartie gewährte, nach Simons Annahme täglich mindestens 7000 Mittagspartien geben.

Die Verfasserin der Broschüre kommt zu dem leider sehr zutreffenden Schluß, daß in Groß-Berlin für die Schulspeisung noch unendlich viel zu tun bleibt und die Zahl der gespeisten Kinder nicht entfernt dem Umfang der Bedürftigkeit entspricht. Sie bemängelt auch manches andere, z. B. die Art, wie die Schulspeisung auszuführen wird, und das Verfahren zur Ermittlung der für die Speisung in Betracht kommenden Schüler. Zur Ausgestaltung der Schulspeisung in Groß-Berlin, zu ihrer Erweiterung und Verallgemeinerung macht Simon den Vorschlag, einen aus Vertretern der verschiedenen Schulbehörden zusammengesetzten „Groß-Berliner Gesamtausschuss für Schulspeisung“ zu schaffen, der allgemeine Bestimmungen über Einführung und Ausbau der Schulspeisung zu erlassen und dauernde Oberaufsicht über die einzelnen Gemeinden zu führen hätte. Einzuweisen aber müsse in den einzelnen Gemeinden selber der Hebel angefaßt werden. Helene Simon stellt ein Mindestprogramm auf, in dem sie unter anderem fordert, daß für nachgewiesenermaßen durch Nahrungsnot beeinträchtigte Kinder die Teilnahme an den Schulspeisungsleistungen obligatorisch sein soll, auf Antrag einer Schulspeisungskommission

von der Schulbehörde verfügt werden soll und bei nachgewiesener Bedürftigkeit unentgeltlich, sonst aber gegen Zahlung gewährt werden soll.

Mit Recht hebt Simon hervor, daß die Schulpflicht durch eine umfassende Schulkinderfürsorge ergänzt werden muß. Sie hat ihrer Arbeit als leitenden Gedanken das Wort vorgesetzt: „Wie jeder öffentlichen Pflicht ein öffentliches Recht entspricht, so muß der Schulpflicht ein Schülerrecht entsprechen.“ Und sie fordert, daß dieses Recht sich nicht in der Gewährung von Unterricht erschöpfe. Die Beseitigung der Nahrungsnot des Schulkindes gilt ihr als „die erste, die unerlässliche Voraussetzung geistiger Spannfähigkeit und sittlicher Höherentwicklung.“

In welchem Umfange sie zur Lösung dieser Aufgabe die Gemeinde heranziehen will, das wird aus der Broschüre nicht so ganz klar. Anscheinend will sie festhalten an dem alten Rezept, daß mindestens bei der Ausführung die freie Liebestätigkeit nicht ausgeschaltet werden soll und die Gemeinde vor allem die Mittel herzugeben hat. Der bürgerlichen Mindermeinung, die in den meisten Gemeindevertretungen herrscht, werden selbst die Simonschen Forderungen bei all ihrer Bescheidenheit schon „zu weitgehend“ erscheinen.

Partei-Angelegenheiten.

Eine allgemeine Flugblattverbreitung zur Landtagswahl im Kreise Beeskow-Storow-Zeltow-Berlin-Wilmersdorf findet morgen Sonntag früh statt.

Die Genossen der in Betracht kommenden Orte treffen sich zu dieser nötigen Arbeit an folgenden Stellen:

- Wilmersdorf-Danksee: 8 Uhr in den Bezirkslokalen.
- Treptow-Baumfischweg: 8 1/2 Uhr in den Bezirkslokalen.
- Tempelhof: 8 Uhr an den bekannten Stellen.
- Lichterfelde: 8 Uhr in den Bezirkslokalen.
- Brig-Endow: 8 Uhr an den bekannten Stellen. Materialausgabe bei Tripke.
- Adlershof: 8 Uhr im Jugendheim, Bismarckstraße 11.
- Grünau: 8 Uhr. Materialausgabe bei Herzog, Friedrichstraße 3.
- Jossen: 8 Uhr bei Scherler (früher Kurzer).

Schmargendorf. Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr Flugblattverbreitung vom Restaurant „Waldater“ (Jnd. Doetsch), Wilmersdorf-Str. 15, aus. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Lichtenberg. Die Genossen zur Landtagation treffen sich heute Sonnabend abends 8 1/2 Uhr bei Wegger, Gärtelstr. 40; Groß-Schönebeck und Zerpenschenleue pünktlich um 8 Uhr.

Friedrichsfelde. Mittwoch, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wandorf, Berliner Str. 18. Tagesordnung: 1. Handelspolitik; Referent Genosse Schwenk. 2. Vereinsangelegenheiten.

Grünau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet nicht am Mittwoch, den 8., sondern erst am 15. Januar statt.

Schönendorf bei Königs-Wasserhausen. Am Sonnabend, den 4. Januar, abends 8 Uhr bei Otto Paetsch: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung u. a.: Streckungnahme zur Landtagswahl.

Berana. Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Franz Solzmann. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Zimmermann-Markshoff: „Sozialisierung der Gesellschaft“. Außerdem wichtige Angelegenheiten. Die Versammlung fängt pünktlich an.

Berliner Nachrichten.

Drohende Bierpreiserhöhung.

Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat in seiner letzten Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Die dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend angeschlossenen Brauereien haben in ihrer heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, für den Fall, daß die vom Berliner Magistrat beantragte Biersteuer in höherem Betrage als 20 Pf. für den Hektoliter untergärtigen Bieres zur Einführung gelangt, die bestehenden Bierpreise unverzüglich in angemessenem Betrage zu erhöhen und dabei auch einen Ausgleich für die enormen Produktionssteigerungen in den letzten Jahren herbeizuführen.

Inzwischen sind auch die dem Verein nicht angeschlossenen Brauereien Groß-Berlins, sowie die Vertreter der auswärtigen Brauereien diesem Beschlusse beigetreten; er ist heute in einer gemeinsamen Sitzung den Vertretern der Gastwirtsverbände zur Kenntnis gebracht worden.

Wir haben entgegen der Annahme des Magistrats, eine eventuelle Biersteuer würde zu keiner Verteuerung des Bieres führen, sofort nach Bekanntwerden der magistratischen Steuerprojekte der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine Biersteuer lediglich auf die Konsumenten abgewälzt werden würde, da die Gastwirte unmöglich in der Lage sind, noch höhere Lasten übernehmen zu können. Und die Brauereien sind nicht gewillt, die Biersteuer selber zu tragen. Mit seinem Projekt der Biersteuer begibt sich der Magistrat unter die Genussmittelverteurer; es dürfte interessant sein, zu hören, welche Stellung die kommunalfreieinnahme Mehrheit im Ratshause zu dem Magistratsprojekt einnehmen wird.

Spandauer Waldverkauf und Zweckverband.

Die Geschäftsstelle des Propaganda-Ausschusses „Für Groß-Berlin“ verjendet eine Erklärung, in der die am nächsten Montag, den 6. d. M., in der Vollversammlung der Vertreter des Groß-Berliner Zweckverbandes zur Verhandlung stehende Vorlage betreffend die Spandauer Waldverkäufe als durchaus unbefriedigend bezeichnet wird: sie stelle eine unzulässige Vertagung einer als dringlich anerkannten Frage dar, wahre die Interessen der Allgemeinheit in keiner Weise und erfülle keine der berechtigten Forderungen, die in dieser Sache in der Presse und in den öffentlichen Versammlungen nachdrücklich erhoben worden sind. Die Antwort auf die Frage, warum ein derartig unbefriedigendes Abkommen vorgeschlagen werde, sei in der Beforgnis des Zweckverbandes zu suchen, durch Bewilligung von Preisen an Spandau die Verhandlungen über den fiskalischen Waldbestock zu erschweren und die Stadt Spandau hege den Wunsch, sich die übrigens höchst zweifelhafte Möglichkeit eines gewinnbringenden Geschäftes nicht aus der Hand nehmen zu lassen. Beides seien keine Gesichtspunkte in einer Lebensfrage Groß-Berlins, wie sie die Sicherung des Wald- und Wiesengürtels und die Erhaltung der landschaftlichen Schönheit der Havelufer darstellt. Die natürliche Lösung der Schwierigkeiten liege darin, daß seitens des Zweckverbandes der Stadt Spandau die bindende Zusage gemacht werde, den Stadtwald zu denselben Bedingungen zu erwerben, wie sie für gleichgeartete

Terrains dem Fiskus zugebilligt werden. Alles andere sei eine lahmne Politik, die, soweit der Zweckverband in Frage komme, weder für jetzt noch für später mit seinen Aufgaben übereinstimme, die beabsichtigten Vorteile nicht sichere und dazu führen müsse, die Ernsthaftigkeit der Zweckverbandsorgane in Frage zu stellen.

Der obigen Ansicht hat bereits Herr Dernburg in einem Artikel der „Vossischen Zeitung“ Ausdruck gegeben.

Als Assistenzärztin beim Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus hat der Magistrat ein Fräulein Dr. med. Klara Zimman gewählt.

Die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes hat der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen und zu diesem Zwecke dem Entwurf der Organisation einer städtischen Wohnungspflege zugestimmt.

Wir hatten erst kürzlich nachgewiesen, daß von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung seit Jahren die städtische Wohnungsaufsicht und in Verbindung damit ein Nachweis für kleinere Wohnungen verlangt wurde, daß aber die Inangriffnahme einer solchen Aufsicht und Inspektion vom Magistrat auf die lange Bank geschoben wurde. Es wird zunächst Inhalt und Wortlaut des Magistratsbeschlusses abzuwarten sein, bevor wir uns ein Urteil über den Wert der zu schaffenden Organisation bilden können.

Bekanntlich verfügt unsere Nachbarstadt Charlottenburg neben vielen anderen deutschen Städten über ein Wohnungsamt.

Versicherung gegen Invalidität und Alter.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin ersucht uns um Aufnahme folgender Bekanntmachung: Mit dem Inkrafttreten des neuen Versicherungsgegesetzes für Angestellte hört für Angestellte die bisherige Versicherung gegen Invalidität und Alter bei der Landesversicherungsanstalt Berlin nicht auf. Angestellte mit einem Jahresarbeitsverdienst bis 2000 M. gehören also beiden Versicherungen an. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Beitragsmarken in derselben Höhe wie bisher zu verwenden. Die freiwillig Versicherten können die freiwillige Versicherung neben der Angestelltenversicherung fortsetzen. Es wird ihnen dringend geraten, darauf zu achten, daß die Anwartschaften nicht erlöschen. Die Leistungen aus der Invalidenversicherung (Renten, Hinterbliebenenfürsorge) werden trotz der Leistungen aus der Angestelltenversicherung voll gewährt.

Der Wichtigkeit der Sache halber geben wir diese Bekanntmachung wieder, obwohl wir bereits früher in diesem Blatte auf die Notwendigkeit der Versicherung hingewiesen haben.

Ein Jahrtausendfall in dem neuen Sarrattbetriebe in Tempelhof rief am Donnerstag eine starke Panik unter dem Personal hervor. In diesem Betriebe liegt die Kantine oben unter dem Dache und das Personal muß, um seine Mahlzeiten dort einzunehmen, mit dem Jahrstahl hinaufbefördert werden. Bei der Abfahrt eines mit 46 Personen besetzten Jahrstahls stürzte plötzlich das große Seitrad in die Tiefe. Der Jahrstahl durchdrang in seinem oberen Teile das Dach. Da aber die Sicherung standhielt, so wurde die Gefahr des Stürzens des Jahrstahles in die Tiefe verhütet. Immerhin brach unter den Frauen eine große Panik aus; viele schrien, andere wurden ohnmächtig. Wie es heißt, soll an höherer Stelle bereits Weisung von dem deselben Rade erstattet worden sein, es soll auch bestimmt worden sein, daß mit dem Jahrstahl nicht befördert werden dürfe. Wenn das der Fall ist, so wäre es noch unverantwortlicher, wenn Menschen mit diesem verhängnisvollen Jahrstahl transportiert wurden.

Der Justizkämmerer als Kapellmeister. Bei einer ungewöhnlichen Tätigkeit konnte gestern durch Zufall ein Einbrecher überrascht werden, der von der Berliner Kriminalpolizei schon seit langem gesucht wurde. Es handelt sich um einen berüchtigten Einbrecher Reusch, der früher das Haupt einer zwanzigköpfigen Diebesbande war, die der Kriminalpolizei viel zu schaffen machte. Reusch erhielt damals sieben Jahre Zuchthaus. Nachdem er kürzlich diese Strafe verbüßt hatte, brach er in ein Café ein und erbeutete 400 M. bares Geld. Nachdem er sich neu eingekleidet hatte, wollte er wieder einmal den Raubakt spielen. Die Gesellschaft dazu fand er in einem Café am Wedding, in dem eine Damen- und eine Herrenkapelle zu spielen pflegt. Der Einbrecher war bald in der besten Stimmung. Er spielte nicht mit dem Gelde, gab zunächst den Gästen und dann auch beiden Kapellen, was sie nur trinken wollten. Dafür durfte er seine musikalischen Talente zeigen und den Zuckstod schwingen. Bald dirigierte er die Damen, bald die Herrenkapelle. Zu seinem Unglück befand sich unter den Gästen auch ein Kriminalbeamter, dem dieses übermäßige Gebaren auffiel. Er sah sich den Mann genauer an und erkannte ihn bald als den Einbrecher Reusch wieder. Als er den „Kapellmeister“ mit seinem Namen ansprach, tat dieser scheinbar sehr erstaunt und erklärte, daß er nicht Reusch, sondern Schulze heiße. Der Beamte aber ließ sich nicht täuschen und brachte den Einbrecher nach der Polizeiwache. Hier ergab sich dann bald, daß man in Reusch den gesuchten Einbrecher aus der Admiralstraße in Händen hatte.

Eine blutige Familientragödie hat sich am Donnerstagabend in dem Hause Lohener Straße 18 abgespielt. Dort wohnte seit einem halben Jahr die 53jährige Frau Margarethe Schelde, die ihren Mann verlassen hatte. Dieser hatte seine Frau des öfteren mißhandelt, sodas diese eines Tages ihren Gatten verließ und in dem oben erwähnten Hause eine Zweizimmer-Wohnung bezog. Der verlassene Mann hatte seine Frau schriftlich wiederholt gebeten, zu ihm zurückzukehren. Doch vermochten weder diese Schreiben noch die Vermittlung der Mutter des Arbeiters den Einspruch der jungen Frau abzuwenden. Nunmehr suchte Schelde seine Frau persönlich zu sprechen und postierte sich vor dem Wohnhause seiner Gattin. Donnerstagabend begab sich der Mann vor die Wohnung seiner Frau und bat um Einlass, da er sich mit ihr einmal gründlich ausprechen wolle. Zwischen den Gatten kam es im Laufe der Verhandlungen zu einem erregten Auftritte und schließlich herrschte Frau Sch. ihren Mann an, die Wohnung zu verlassen. Dieser geriet darüber in so große Erregung, daß er einen Revolver hervorholte und auf die Frau vier Schüsse abfeuerte, durch welche sie an der Lunge sehr schwer verletzt wurde. Nach der Tat packte den Ehemann die Neue. Er holte einen in der Nähe wohnenden Arzt herbei, sorgte für die Ueberführung der Verwundeten in das Krankenhaus und stellte sich dann freiwillig dem nächsten Polizeirevier. Die Verletzungen der Frau Sch. sind zwar sehr schwer, doch lassen die Ärzte, die Beobachtungswerte am Leben erhalten zu können.

In Pantow erhängt aufgefunden wurde gestern ein noch unbekannter Mann, der seinem Neukeren nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint. Der Tote ist ungefähr 40 bis 45 Jahre alt, 1,64 Meter groß und schlank, hat graues, kurgeschütteltes Haar, einen grauen, gestuften Schnurrbart und ein schmales, längliches Gesicht und trug ein braunes Jackett mit schwarzen Hornknöpfen, eine dunkle Hose und Weste, ein weißes Hemd mit blauen Streifen und einen blauen Schlapphut mit einem schwarzen Band.



**Hundeschlächter** scheinen in Moabit ihr Handwerk zu treiben. Auf diese Annahme läßt ein Hund schließen, den man dort auf offener Straße machte. An der Ecke der Spener- und Büneburger Straße fanden die Angestellten eines dort befindlichen Kolonialwarengeschäfts vor dem Schaufenster auf dem Bürgersteig einen Hund liegen, der die Leichen zweier Fedel enthielt, während der Nachbar eines dritten Hundes, eines Wolfspuges, daneben lag. Allen Tieren war die Kehle durchgeschnitten. Einem Fedel war der Bauch aufgeschlitten und das Eingeweide herausgenommen worden. Wie der Hund mit den Hundeleichen dorthin gekommen ist, weiß niemand. Wahrscheinlich sind Hundeschlächter bei der Arbeit überrascht worden. Um nicht überführt zu werden, haben diese dann die Tiere dorthin geworfen. Die Finder benachrichtigten die Polizei, die sie weggeschaffen ließ. Die Besitzer der Hunde konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Im Apollotheater wurde am Donnerstag ein Singpiel: „Brüderlein fein“ von Julius Wilhelm aufgeführt, zu dem Leo Fall, der in nächster Zeit bei der bevorstehenden Umwandlung des Apollotheaters in eine Opernbühne ständiger Hauskomponist sein wird, die Musik geschrieben hat. Das mit einem köstlichen Melodienreichtum versehene Werk zeigt uns den alten Domkapellmeister Josef Drechsler, den Verfasser von „Brüderlein fein“, in seinen alten Tagen mit seiner Ehehälfte alte Erinnerungen an seinem 40. Hochzeitsstage austauschend. In einem Traum ersticht vor uns das junge Ehepaar, wie es sich am Hochzeitsstage gab. Mit großem Geschick arbeiteten die Darsteller, Herr Erich Deutsch-Haupt und die Damen Mizzi, Barla und Jda Kacza alle die Feinheiten des stark sentimentalen Inhaltes heraus und errangen ganz wie bei der vor einigen Jahren in den Stammerspielen des Deutschen Theaters bereits erfolgten Aufführung den Dank des Publikums, wobei ein recht nettes Walzerduett besonderen Beifall fand. Die Darsteller und der Komponist, der persönlich dirigierte, wurden wiederholt gerufen. Unter den einzelnen Spezialitätennummern, die das Musikwerkchen umrahmen, befinden sich recht bemerkenswerte Leistungen. Als vorzügliche Instrumentalkünstler stellten sich die Dolly Childs vor, als moderne Tanzkünstlerin produzierte sich Melia, während die französischen Duetisten Darlus Jana leichte Chansons darboten.

Im „Glor“ haben mit Beginn des neuen Jahres die Topersect und Buxtorfer Sänger, Schupfplattler und Jodler ihren Einzug gehalten.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmersdorf.

Der Wahlverein hielt im „Viktoriagarten“ seine Generalversammlung ab. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage des Stadtratsordneten Thurnow-Meulien über: „Die Landtagswahlen“ folgte eine lebhafte Erörterung, in der die Genossen Breitscheid, Gladigow, Schröder und Harde über die Stellung der Partei zu der Landtagsratswahl in Teltow-Beeskow-Wilmersdorf und weiter über die Aufgaben des Abgeordneten, die der preussische Landtag hinsichtlich der allgemeinen Wahlen zum Landtage zu erfüllen hat. Allgemein herrschte die Ansicht vor, daß der Fortschrittspartei ohne sichere Gegenseitigkeit keine Hilfe gewährt werden dürfe.

Nachdem der Kassierer G. O. d. u. s. die Abrechnungen vorlesen, beschloß die Versammlung auf Antrag des Vorsitzenden, daß dem Vorstande die Aufgaben des Wahlausschusses bei der Landtagsratswahl zu übertragen sind. Eine längere Erörterung rief die vom Genossen Herzog angeregte Frage hervor, ob der Wunsch eines früheren Rücktritts, seine Austrittserklärung als ungeeignet zu betrachten, erfüllt werden könne. Die Versammlung schloß sich der Ansicht des Vorsitzenden an, daß der Erfüllung dieses Wunsches das Parteistatut im Wege stehe; im übrigen wurde der Wiedereintritt gutgeheißen.

### Neukölln.

Im Rathhause vom Tode überrascht wurde gestern morgen der 62 Jahre alte Polizeibeamte Robert Born, der seit 21 Jahren im Dienste der Gemeinde stand. Als der noch sehr rüstige B., der sich erst vor einem Vierteljahr zum zweiten Mal verheiratet hatte, zur gewohnten Zeit das Dienstzimmer im Rathhause betrat, brach er, vom Herzschlag betroffen, zusammen und verschied auf der Stelle.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schußwaffe hat vorgestern wieder einmal Unheil angerichtet. Ein 20 Jahre alter Erich B. aus der Bergstraße zeigte auf offener Straße, vor dem Hause Berliner Straße 68, einem Bekannten seine Pistole, die er angeblich geschenkt bekommen hatte. Hierbei ging ein Schuß los und traf ihn selbst und die Frau des Polizeisergeanten R. aus Groß-Lichterfelde, die gerade vorüberging. B. wurde am Zeigefinger der linken Hand, Frau R. am linken Oberarm getroffen. Die Frau wurde ziemlich schwer verwundet und mußte nach der Hüftwunde gebracht werden, wo auch B. verbunden wurde.

Vollständig ausgeräumt wurde in der vergangenen Nacht der Goldworen- und Uhrentladen von Rudolph aus der Bergstraße 132. Das Geschäft war erst kürzlich neu eingerichtet worden. Einbrecher öffneten in der vergangenen Nacht mit Gewalt eine Tür am Hof, gelangten so in die Speisekammer der zum Laden gehörigen Wohnräume und von dort weiter in die Geschäftsräume. Ohne daß jemand etwas von ihnen bemerkte, verschwanden sie mit dem ganzen Vorrat, der aus Goldsachen und Uhren im Werte von 5000 Mark bestand.

### Schöneberg.

In dem städtischen Seefischverkauf, Feurigstraße 4, hat die städtische Verwaltung ein gemeinnütziges Unternehmen geschaffen, welches den Zweck verfolgt, der minderbemittelten Bevölkerung einen billigen Seefisch zu liefern. Um nun das Interesse der Hausfrauen anzuregen und sie mit den verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten der Seefische bekannt zu machen, hält die Stadt zusammen mit dem Deutschen Seefischereiverein von Zeit zu Zeit unentgeltliche Seefischkochkurse ab. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt. Eine große Zahl von Teilnehmerinnen hat sich bereits zum zweitenmal angemeldet. Der nächste unentgeltliche Fischkochkurs findet statt am Donnerstag, dem 9. Januar d. J., nachmittags 6 Uhr, in der Kochküche der 15. Gemeindeschule, 3 Treppen, Tempelhofer Weg. Anmeldungen hierzu in der städtischen Seefischhalle Feurigstraße 4 oder beim Magistrat Berlin-Schöneberg.

### Lichterfelde.

Der Inhaber des „Kaiserhof“ hat an den Vorsitzenden des Wahlvereins ein Schreiben gesandt, worin derselbe erklärt, daß er in Zukunft sein Lokal der Sozialdemokratie nicht mehr zur Verfügung stelle. In einer Besprechung mit den örtlichen Funktionären erklärte derselbe, sich in Zukunft von dem Arbeitervereine sowie sonstigen nationalen Parteien ernähren zu lassen. Herr Kaufholz, so heißt der Inhaber des Lokals, ließ im hiesigen Lokalblatt folgendes Inserat erscheinen:

Da mein Lokal sozialdemokratischen Organisationen nicht mehr zur Verfügung gestellt wird, empfehle ich meine Lokalitäten besonders den heiligen nationalen und sonstigen Vereinen zur gefälligen Benutzung.

G. Kaufholz.

Der Vorstand des Wahlvereins ersucht nunmehr die Arbeiterkassen von Lichterfelde und Umgegend, dieses Lokal strikte zu meiden.

### Hohen-Schönhausen.

Russisches Fleisch wird vom heutigen 4. Januar ab durch die Gemeinde zum Verkauf gelangen. Zu diesem Zweck ist ein in der Berliner Straße Nr. 6 gelegener Schlächterladen gemietet worden. Die Verkaufszeit währt täglich von 8-12 Uhr vormittags und von 5-8 Uhr nachmittags. Die von der Gemeinde beschlossenen Preisermäßigungen haben unter den hiesigen Schlächtermeistern große Erregung hervorgerufen. Mit Veröffentlichungen in den beiden Ortsblättern versuchten sie den Eindruck zu erwecken, als wenn ihnen durch die Kritik der sozialdemokratischen Vertreter bitteres Unrecht geschähe wäre. Den sachlichen Gründen dieser Kritik geht man aber vorichtig aus dem Wege. Dafür müssen die beruflichen Eigenschaften unserer Genossen herhalten, um den profitstüchtigen Standpunkt der Herren Schlächtermeister zu verschleiern. Den Genossen Ziele und Ebenwert wird es arg verdacht, daß sie als Inhaber von Schweinemästereien ihre Schweine nicht billiger verkaufen als ihnen dafür geboten wird. Dem Genossen Rehger als Restaurateur wird die Verechtigung zur Kritik abgeprochen, weil Restaurateure die liefernden Fleischmeister zu hohen Preisen anhalten, und weil der Genosse Obermeyer ein Schloffer ist, könne derselbe überhaupt nicht in dieser Angelegenheit mitreden. Daß die Herren Fleischmeister für diese Beweisführung selbst kein rechtes Vertrauen besitzen, beweist am besten die verschiedentliche Herabsetzung der Fleischpreise. Dem Fleischmeister Wöhring, welcher die Gelegenheit zur Eröffnung eines Geschäfts benutzte und billiger liefern will, wird angezündet, daß ihm die Fenster eingeworfen werden. Was den sozialdemokratischen Vertretern sonst noch in den Mund gelegt wird, ist so albern, daß es überflüssig ist, darauf einzugehen.

### Hergfelde.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde zunächst die Aufnahme eines neuen Darlehens von der Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg in Höhe von 35 000 M. beschlossen. — Zu dem Antrage bez. Ertrag eines Ortschafts über die Reinigung öffentlicher Wege wurde beschlossen, daß bis auf weiteres für die Reinigung der Straßen, Straßen bei Glatteis usw. die Gemeinde aufzukommen hat. — Die von der Gemeinde Neuzittau vorgeschlagene Abfindungssumme für die Umgemeindung der hiesigen, im Heidebezirk I liegenden Enklaven in den dortigen Gemeindeverband erschien der Gemeindevorstellung zu niedrig. Es wurde beschlossen, bei dem geforderten Betrage zu beharren. — Sodann wurde vom Vorsitzenden der Stand der bereits bekannten Drehschiffenangelegenheit zur Kenntnis gebracht. Daraus verteidigte er sich gegen die von verschiedenen Seiten gegen ihn wegen seines Verhaltens

in dieser Angelegenheit erhobenen Angriffe. In der anschließenden Debatte kam es zu erregten Auseinandersetzungen, daß der Vorsitzende sich genötigt sah, dem Gemeindevorsteher H. Krüger das Wort zu entziehen. — Auf die vom Gemeindevorsteher R. Brülle an den Vorsitzenden gerichtete Frage, warum die Rollenströme vor dem Lehngrut Hergfelde anstatt wie beschlossen, 4 Meter, 8 Meter breit gepflastert worden sei, wurde die Antwort erteilt, daß hier ein Irrtum vorliege. Es soll aber für allmähliche einheitliche Pflasterung Sorge getragen werden.

### Wittenau.

Das Opfer einer verhängnisvollen Verwechslung ist der Veteran Frost geworden. Der alte Mann war vor einigen Tagen erkrankt und der Arzt hatte ihm eine Medizin verordnet. Als F. in der Nacht Schmerzen hatte, wollte er Arznei einnehmen, vergriff sich aber in der Dunkelheit in der Flasche und trank Salinial. Obwohl bald ärztliche Hilfe zur Stelle war, ist der Veteran an den Folgen der Verwechslung verstorben.

## Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf“. Sozialdemokratische Wochenschrift. Jahrg. VI. Heft 4. Wien, Karl Renner: Österreich und die Slawen. — Gustav Lüthi (Berlin): Die Demokratie und der Krieg gegen den Japen. — Hugo Schulz: Lehren des Balkankrieges. — Franz Vetsch: Das Kampfbuch 1913. — August Wirth (Hamburg): Deutsche Arbeitslöhne im Jahre 1913. — L. Wladimiroff (Paris): Die soziale Schichtung der Nationalitäten Rußlands. — Matthias Uderjoh: Arbeiterorganisationen und Arbeiterlöhne. — Siegmund Raff: Die Konsumvereine und das Genossenschaftsrecht. — Julius Sämischel (Arieh): Österreichische Gewerkschaften. — Joseph Ruppold Stern: Von Adolf Glasbrenner.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. Januar, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17, Neukölln: „Realspaltung“ und Tegel: Schleierstraße 39: Freireligiöse Vorträge.

Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. H. Hoffe: „Die Lehren vom Bucher in der religiösen Moral“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Marktpreise von Berlin am 2. Januar 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte — bis — mittel —, geringe —, Roggen, gute Sorte —, mittel —, geringe —, (ab Bahn) Futtergerste, gute Sorte 17,40—18,00, mittel 16,70—17,30, geringe 16,00—16,60, Hafer, gute Sorte 18,80—20,40, mittel 17,10—18,70 (frei Wagen und ab Bahn).

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbdl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauernfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,90—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kalle 1,60—3,20. Janer 1,40—3,60. Gedörrte 1,40—2,60. Borsche 1,00—2,40. Schote 1,90—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Aepfel 3,00—24,00.

## Witterungsbericht vom 3. Januar 1913.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolke- decke	Temper. t. u. n.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolke- decke	Temper. t. u. n.
Swinemünde	767	Still	wollig	4	Saparanda	754	Still	wolkig	-7
Hamburg	766	DD	W Dunst	7	Petersburg	754	DD	2bedekt	1
Berlin	767	DD	2bedekt	4	Scilly	755	DD	3bedekt	0
Frankf. a. M.	765	Still	bedekt	4	Werbden	752	DD	4bedekt	6
München	767	SSW	2bedekt	4	Paris	762	SSW	1bedekt	4
Wien	767	N	1bedekt	-1					

Wetterprognose für Sonnabend, den 4. Januar 1913. Weltweite auffarende, vorwiegend neblig oder wollig, anfangs etwas kälter, später wieder mild, bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 2.1.	seit 2.1.	Wasserstand	am 2.1.	seit 2.1.
Remel, Elbt	405	+6	Saale, Großh.	234	-20
Bregel, Insterburg	137	0	Qabel, Spandau <sup>2)</sup>	90	+6
Welsch, Thorn	242	+15	Kathen <sup>2)</sup>	86	-
Ober, Ratibor	214	-14	Spree, Sternberg <sup>2)</sup>	98	-18
Krossen	215	+8	Beeslow	111	+1
Frankfurt	216	-2	Wefer, Minden	300	-20
Barth, Schriem	146	-2	Rhein, Minden	424	-25
Landberg	185	0	Rhein, Maximilianbau	434	-16
Rege, Borchum	64	0	Raub	304	-17
Elbe, Lehmritz	185	-17	Rain	377	-28
Dresden	34	-20	Redar, Heilbronn	127	+2
Darby	349	+9	Rain, Qsnau	268	-23
Magdeburg	281	+11	Rajel, Arier	161	-19

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, — Fall. <sup>2)</sup> Unterpegel.

# Bis 20% unter Selbstkostenpreis

haben wir unsere Preise ermässigt!

Während unseres Inventur-Ausverkaufs vom 4. bis zum 18. Januar kommen alle Waren ohne Ausnahme zum Selbstkostenpreise, teilweise bis 20% unter dem Selbstkostenpreise, zum Verkauf. Alle Waren tragen zur Kontrolle für den Käufer noch die früheren Preis-Etiketten. Da unser Selbstkostenpreis nur aus den baren Auslagen für Ware und Unkosten besteht, erübrigt es sich, auf die endlosen Vorteile dieses Ausverkaufs besonders hinzuweisen.

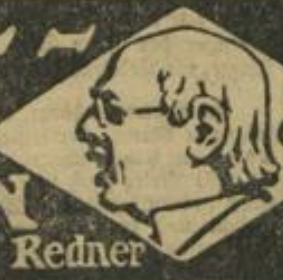
# Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Strasse 1  
Ecke Münz- und Weinmeisterstrasse

Sonntags geöffnet  
von 12 bis 2 Uhr

Moabit: 73 Turmstrasse 73  
Wir bitten, unsere H. K. G. in der Turmstrasse nicht mit einem ähnlichen Geschäft zu verwechseln!

WYBERT  
TABLETTEN  
schützen



vor HUSTEN  
HEISERKEIT  
KATARRH  
Preis 1 Mk. erhältlich  
in Apotheken & Drogerien



Lieferung auch nach auswärts.

# Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz

2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Feinstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.- an

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.- an

Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntag geöffnet von 12-2 Uhr.

Komiker Schwarz, Frankfurter Kunstrevue von Frau Kofost 1913, 113. Schloßener, Sturstraße 8 III.

## Manchester-Anzüge

Marke Gambinus. Warm gefüttert. Strapaalreife.

Joppe dreifach 11.90

Weste . . . . . 3.60

Hose . . . . . 6.75

## Herkules-Leder-Hosen

Alleinverkauf. Gestreift od. einfarbig. Kernis u. stark. Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. 4.50

Schwere Taschen.

Weißerellnerjackette vorzüglich in Wäsche 3.65 u. 2.50

## Billige Angebote

halbbare, bewährter und gut sitzender

## Berufs

## Kleidung

## Pa. blaue Monteur-Jackette

Körper od. Dreifach, luft- u. wasserdicht. Extra lang. Gestell. geschütz. Taschen. Verriegelung. M. 2.45

Setzer-Rittel 3.10 2.50

Malers-Rittel 2.90 2.00

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie

# BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20 Schöneb., Hauptstr. 10

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbe-polizeiliche Vorschriften

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

## Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gesch. v. Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jacket-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M. Uster, sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausberger Pl.) Bitte genau auf No. 98 zu achten!

## Abendturje

Berlin: Neanderstraße 3 und Rathenower Str. 3. Technikum, Banjschule. Rtl. Regier.-Baumeister a. D. Dr. Werner, Südbahnhof. Großpforte frei.

# Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 4. Januar 1913.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug.

Anfang 4 Uhr.

Urania. Aufs Mitterhorn.

Theater am Rosendorfsplatz. Sauerwittchen.

Thalia. Frau Holle.

Luisen. Der Sandmann kommt.

Rose-Theater. Die schöne Helena.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz-Theater. Die Frau Präsidentin.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Paris und die Königschüler von Versailles.

Namers-Theater. Mein Freund Leddy.

Neues Operntheater (Kroll). Ruffisches Ballet.

Leitung. Gabriel Schilling's Nacht.

Königsgräber Straß. Hedda Gabler.

Kurtischen-Oper. Der zerbrochene Krug.

Theater am Rosendorfsplatz. Die schöne Helena.

Deutsches Schauspielhaus. Oberon.

Deutsches Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug.

Montis Operetten-Theater. Der zerbrochene Krug.

Kleines. Professor Bernhardt.

Reichens. Die Frau Präsidentin.

Thalia. Sappho.

Schiller O. Hedda Gabler.

Schiller-Charlottenburg. Die Ge-schichte der Viga.

Luisen. Berlin-Hamburg-New York.

Metropol. Chausseur - ins Metropol.

Rosendorfsplatz. Die Generalin.

Groß-Berlin. Das Fürstentum.

Trianon. Die Erste - Die Beste.

Rose. Die Sünden der oberen Himmelskugel.

Garten. Am grünen Strand der Spree.

Wintergarten. Spezialitäten.

Urania. Spezialitäten.

Reichens. Bei Gatern.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Freder. Witb. Schauspielhaus.

Der Baumgall.

Luisen. Graf von Babel.

Walhalla. Goldener Reichtum.

Dolce Caprice. In Sachen Rosenstein.

Die Tochter der Braut.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Felder.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Hirt in St. Moritz.

Sternwarte. Juchendstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Walter.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Hedda Gabler.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Das Konzert.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Montag, abends 8 Uhr:

König Lear.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Sonnabend, abends 8 Uhr:

Die Geschwister. Elga.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:

Die Jüdin von Toledo.

Sonntag, abends 8 Uhr:

Wolkenkratzer.

Montag, abends 8 Uhr:

Die Schmetterlingsschlacht.

Berliner Theater.

Zum 75. Male:

8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr: Hedda Gabler

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der zerbrochene Krug.

Montis Operetten-Theater

(fr. Neues Theater). Amt Nudon 1141.

8 Uhr: Der Frauenstuffer.

Theater am Rosendorfsplatz 5.

Nachm. 4 Uhr: Schneewittchen.

Abends 8 Uhr:

Die schöne Helena.

Residenz-Theater, 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Presidente).

Schmankl. 3. Akt. n. Hennequin u. Geyer.

Morgen und folgende Tage:

Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: (Kinder-

vorstellung.) Premiere: Der Sand-

mann kommt.

Abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-

New York.

Sonntagnachm. 3 Uhr: Ruffies.

Abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-

New York.

Montagnachm. 8 Uhr: Berlin-Ham-

burg - New York.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Täglich 8 Uhr:

Die Sünden

der oberen Zehntausend.

Sonnabend 4 Uhr: Nischeubrotel.

Sonntag 3 Uhr: Kabale und Liebe.

Sonntagab. 8 Uhr: Die Sünden

der oberen Zehntausend.

Metropol-Theater

Chausseur - ins Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang und

Tanz in 10 Bildern.

Otto Reutter a. G.

mit gänzlich neuem Repertoire!

Anfang 8 Uhr. Neuen getittelt.

Nachm. 3 Uhr: Tuta Toto!

Apollo

Theater

Abends ab 8 Uhr!

Neues Programm!

8 1/2 Uhr:

„Brüderlein fein“.

Alt-Wiener Singspiel von Jul.

Wilhelm. Musik v. Leo Fall.

Hizzi Parla, Jda Russka,

Erich Deutsch-Haupt

v. Joh. Strauß-Theat. in Wien.

Herrnfeld

Theater

Drei Stunden

ununterbrochenes

Lachen!!

Wüstenmoral

Die Alpenbrüder

mit Anton und Donat Herrnsfeld

in den Hauptrollen.

Anf. 8 Uhr. Seckel. 11-2 (Theater).

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

Die Erste - Die Beste!

Sonntagnachm. 3 Uhr: Der jellige

Zoupincl.



## Union-Theater

Bei den gestrigen Premieren in allen 5 Union-Theatern errang

# Asta Nielsen

## „Jugend und Tollheit“

Lustspiel in 3 Akten von Urban Gad

außergewöhnlich großen u. unbestreitbaren Erfolg.

### Voigt-Theater.

Gesundbrunnen, Bodstr. 58.

Sonntag, den 5. Januar 1913.

nachm. 3 Uhr: Krone u. Fessel.

Abends 7 Uhr: Japsenfried.

Drama in 4 Akten v. J. A. Beyerlein.

Roseneröffnung 10 Uhr. Anf. 3 u. 7 Uhr.

### Folies Caprice.

Die Novitäten:

In Sachen Rosenstein.

Die Doppelfirma.

Die Tochter der Braut.

## Neue Welt

Arnold Scholz

Hasenheide 108/114

Morgen, Sonntag, den 5. Januar 1913:

# Eröffnung

## 9. bayer. Bockbiersaison

in sämtlichen Festböden, über 10 000 Personen fassend.

## Fünf Kapellen

30 bayerische Madl'n

Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonnt. 50 Pf.

Voranzeige! 1. Damen-Prämierung.

Prämiiert wird: Die längste Schoß-Taille (oder Bluse).

Drei bare Geldpreise: 50, 30, 20 Mark.

## Urania

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstraße 48/49.

4 Uhr: Aufs Mitterhorn!

Abends 8 Uhr:

Paris und die Königs-

schlösser von Versailles.

Das Verzeichnis der natur-

wissenschaftl. Hörsaalvorträge im

I. Quartal 1913 ist erschienen und

kostenlos erhältlich.

Zirkus

Albert Schumann.

Heute abend 7 1/2 Uhr:

High-Life-Evening.

Um 9 1/2 Uhr:

Der unsichtbare Mensch.

4 Bilder aus Indien.

5 Riesen-Löwen u. 1 Königstiger.

Die verwegenste Raubtier-

dressur, vorgeführt von Mons.

Casario.

MIB Belloni mit ihren

dressierten Papageien.

Herrn Alb. Carrés neueste

Schul- u. Freiheitsdressuren.

Neu! Sensationspiece. Neu!

Löwe auf Elefant.

Morgen Sonntag:

2 große Vorstellungen.

Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.

In beiden Vorstellungen:

Der unsichtbare Mensch.

Nachmittags hat jeder Er-

wachsene 1 Kind frei auf allen

Sitzplätzen.

Casino-Theater

Reifinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:

Die neue Lokalposse:

Am grünen Strand

der Spree!

Sonntagnachm. 4 Uhr: Die ver-

hängnisvolle Karte.

Passage-Panoptikum

Heute vorletzter

Volkstag!

Jedermann 1 Kind frei. Jedes

Kind erhält ein Geschenk!

50 WILDE

WEIBER MÄNNER

KINDER

vom Stamme

der Igorroten.

Leben u. Treiben in dem

eigens aufgebauten

IGORROTEN-Dorfe.

Volks-Theater

Neudöln, Hermannstr. 20.

Sonntag, den 5. Januar:

Die Räuber.

Trauerpiel in 5 Akten v. J. v. Schiller.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Das Schloß am Meer.

Schausp. in 5 Akten von D. Walter.

## Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, den 4. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

Mac Norton, das Phänomen

des Magentrainings. Mac

Norton trinkt 50-100 Glas

Bier. Mac Norton ist 20







Aus aller Welt.

Die Religion als Handelsobjekt.

Den Beweis dafür, daß die Religion sich auch als Handelsobjekt für wirtschaftlich gefährdete Leute eignet, erbringt in glänzender Weise ein Herr Ewald Nagheim in Schmiedefeld i. Th.

„Dazu sei bemerkt, daß ich selbst ein Glaubensgenosse der römisch-katholischen Kirche bin und im Dom zu Weimar getauft wurde, weicher Umstand mich nach Ueberzeugung meines Herzens dazu bewegt, ohne jede Bezahlung mich in dieser Sache zu betheiligen, insbesondere dieser Stift selbst in Nürnberg von fast nur katholischen Arbeitern hergestellt und auch von einem katholischen Lieferanten geliefert wird, mithin unterstützen Sie nicht nur Herrn Müllers Unternehmen, sondern auch quasi unsere Glaubensgenossen in Bayern durch Arbeit und Verdienst.“

In widerlicherer Weise ist wohl noch niemals Religion und Geschäft verquickt worden, als es von diesem „Glaubensgenossen der römisch-katholischen Kirche“ geschieht.

Absturz zweier Militärflieger.

Einen recht unglücklichen Ausgang nahm am Freitag vormittag ein Probeflug, den zwei Militärflieger, die Unteroffiziere Warlgraf und Müller, zur Ablegung ihrer Feldpilotenprüfung unternahmen.

Noch ein Bankbetrüger.

Die Grundkreditbank in Königsberg i. Pr. ist durch Vertreibungen eines fast fünfzehn Jahre bei ihr tätig gewesenen Kassierers und Prokuristen um ungefähr 80 000 Mark geschädigt.

In Kaufbeuren (Schwaben) ist das Bankhaus J. Gerhäuser mit 2 1/2 Millionen Mark Fehlbetrag zusammengebrochen. Zahlreiche kleine Geschäftsteile und Bauern, vor allem aber katholische Vereine und Kirchenstiftungen verlieren ihr dort angelegtes Vermögen, Hunderte von katholischen Arbeitern ihre Spargroschen.

Selbstmord oder Unglücksfall?

Aus dem Zinowkanal an der Kläranlage bei Eberswalde wurden Donnerstagfrüh die Leichen zweier jungen Dienstmädchen gelandet. Beide befanden sich im Sonntagstaate. Es kann als feststehend angesehen werden, daß es sich um einen Unfall handelt, da die Vollwerkanlage hier ohne jede Schutzvorrichtung ist und ein Ausgleiten sehr leicht die ernstesten Folgen haben kann.

Krise in der französischen Sardinenfischerei.

Einen für die französische Sardinenfischerei recht folgenschweren Beschluß wozien auf Veranlassung eines Unternehmersyndikats 116 bretonische Fischkonservenfabriken durchzuführen. Sie beabsichtigen die dauernde Schließung ihrer Unternehmungen, weil die Erträge des Sardinenfanges an der bretonischen Küste von Jahr zu Jahr zurückgehen.

Liebestragödie eines Bankiers.

Großes Aufsehen erregt in New York die Liebestragödie des früheren Börsemanagers und Bankiers Henry Edey, der in seinem Wohnhause in Velsort gestern seine Frau erschoss und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf jagte.

fortigen Tod zur Folge hatte. Als die 13jährige Tochter, durch die Schüsse geweckt, in das Schlafzimmer der Eltern eilte, fand sie diese tot vor.

Die furchtbare Tat Edeys ist das letzte Kapitel einer Liebestragödie, die im Herbst des vorigen Jahres ihren Anfang nahm und bereits damals großes Aufsehen unter der New Yorker Gesellschaft hervorrief.

Kleine Notizen.

Todessturz eines Rittmeisters. In der Reitbahn seiner Schwadron stürzte am Freitag Rittmeister Kurt v. Rabenau vom Thüringischen Husarenregiment Nr. 12 in Zörgau so unglücklich mit seinem Pferde über ein Hindernis, daß er unter das Pferd zu liegen kam und von diesem durch Querschläge getötet wurde.

Unglückliche Liebe. In einer Kellerwohnung am Stadteich in Hamburg hat der zwanzigjährige Sohn Emil des Fruchthändlers Kemmer seine Frau, die neunzehnjährige Luise Müller und dann sich selbst erschossen. — In der sächsischen Ortsgemeinde Gersdorf wurde der 26 Jahre alte Knecht Loechner erhängt aufgefunden. Neben ihm mit einer Schußwunde die Leiche der 16 Jahre alten Tochter seines Dienstherrn, des Gutsbesizers Reibetanz. Es scheint ein Liebestrama vorzuliegen.

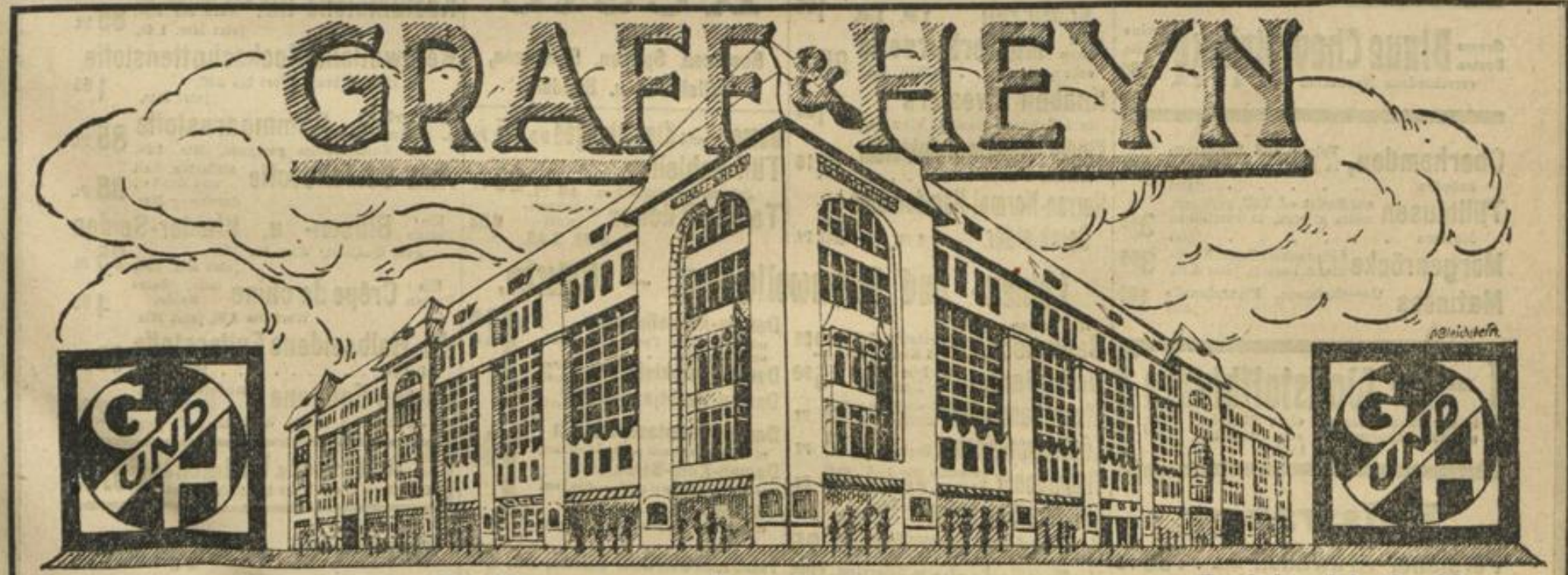
Folgenschweres Brandunglück. Am Freitagmorgen brach in Hamburg im Hause Heinestr. 82 Feuer aus, das das Treppenhaus des Gebäudes vollständig zerstörte. Die Feuerwehr fand bei den Rettungsarbeiten in der ersten Etage einen Mann, zwei Frauen und ein Kind vor, die in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht wurden.

Brand einer Erdgasquelle. Durch Explosion eines Benzinhalters ist in der Siebenbürger Ortschaft Schemmert ein Erdgasbrunnen in Brand geraten. Acht Arbeiter wurden dabei schwer verletzt, die Löschung des Brandes dürfte erst in etwa acht Tagen erfolgen.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1913 Gebunden 50 Pfg.

Böpfe wirklich reelle Ware, nur echte Menschenhaare, in größter Auswahl. Vorzeiger dieser Annonce 10% Rabatt. Otto F. Kafka, Böpfe-Fabrik, Reutalun, Ostpr. 2. (Begr. 1898. Telefon Reutalun 530.)

Leihhaus Apollo neben Apollo-Theater Friedrichstr. 215 I. Kaufen Sie von Kavalieren getragene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig. Sonntags geöffnet. Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.



GRAFF & HEYN

Wilmsdorfer Straße 118-119 Charlottenburg Pestalozzistraße 32

Ausnahme = Preise!

Porzellan und Steingut

Table listing products and prices: Echte Porzellan (Kuchensatz, Körbchen, etc.) and Steingut (Milchtöpfe, Bratenplatten, etc.) with prices in Pfennigs and Marks.

Echt Porzellan Tafel-Service zusammensetzbar, weiß-gold, Rosenmuster, blaues Kellermuster, jede Größe zusammensetzen auffallend billig

! Steingut ! Große Posten Wasch-Garnituren circa 40 cm Becken-Durchm. reich dekoriert, 3-teilig, nur 3.90 4.90 6.90 7.90 8.90



# Inventur-Ausverkauf

Beginn Sonnabend, den 4. Januar cr.

Nach beendeter Inventur kommen grosse Posten Waren fast sämtlicher Abteilungen von heute ab zu **bedeutend herabgesetzten Preisen** zum Verkauf.

## Als ganz besonders preiswert! Kleider- u. Blusenstoffe

- |   |   |   |
|---|---|---|
| ca. 6000 Mtr. Baumwoll. Musselines<br>Wert bis 65 Pf. . . . . jetzt Meter <b>38 Pf.</b>                   | Ein Posten <b>Blusen-Samte</b> sehr haltbare Qualität<br>regulärer Wert 2.25 . . . . . jetzt Meter <b>1.00</b>                          | Ein gr. Engl. Kostümstoffe schwere Qualit.<br>Wert bis 2.00 . . . . . jetzt Meter <b>1.00</b>                                     |
| ca. 5000 Mtr. Reinwoll. Musselines<br>schöne Muster, Wert bis 1.75, jetzt Meter <b>75 Pf.</b>             | Ein Posten <b>Seiden-Samte</b> entzück. Streifenmuster<br>für Blusen, regulärer Wert 2.75 . . . . . jetzt Meter <b>1.25</b>             | Ein gr. <b>Gestr. Blusenstoffe</b> in Popeline und<br>Flanell, aparte<br>Streifen Wert bis 1.85 . . . . . jetzt Meter <b>1.00</b> |
| ca. 6000 Mtr. Samt - Flanell für Blusen<br>und Kleider, Wert bis 75 Pf., jetzt Meter <b>48 Pf.</b>        | <b>Extra billig!</b><br>Ein Posten <b>Kleider- und Blusen-Seiden</b><br>aparte, gedieg. Streifenm., regul. Wert 2.75, jetzt <b>1.65</b> | Ein gr. <b>Reinwoll. Chevots</b> mit Bordüren<br>für Kinderkleider, Wert bis 1.85, jetzt Meter <b>1.00</b>                        |
| Ein Restposten <b>Blusen-Seiden</b> moderne Louisin-Seide<br>regulärer Wert 1.95, jetzt Meter <b>1.10</b> | Ein Posten <b>Messaline-Blusenseiden</b><br>in sehr aparten, modern Dessins, regulär.<br>Wert 2.25, jetzt Mtr. <b>1.35</b>              |   |

# H. JOSEPH & Co. NEUKÖLLN

Berliner Strasse 54-55  
Jäger-Strasse 1-2

# Inventur-Räumungs-Verkauf

Ganz enorme Preisermäßigung. Preise nur während des Inventur-Verkaufs gültig.

## Konfektion.

- Abendmäntel** in Tuchstoffen auf hellem Futter, jetzt **875**  
Wert bis 24.50
- Kostüme**, teilweise auf Seide, verschiedene Ausführung, jetzt **1050**  
Wert bis 45.—
- Paletots**, Stoff engl. Art, Wert bis 10.00, jetzt **390**
- Ulster**, letzte Neuheit, offen u. geschlossen, Wert bis 15.50, jetzt **675**
- 
- Grosse **Blau Chevottröcke** reine Wolle, verschiedene Mascharten . 4.50, 3.75, **290**
- 
- Oberhemden**, Velour und Satinstoffe in bunt, u. zum Durchknöpfen, jetzt **165**
- Tüllblusen** auf Batist od. Tüll, gefüttert, weiss u. ecru, in herrlichen Mustern, jetzt **345**
- Morgenröcke** i. Flanschstoffen, m. Satinblend, besetzt, jetzt 4.90, **365**
- Matinees** Gesschaffasson, Flanschstoffe jetzt **160**

Ein grosser Posten **Wollstoffblusen** in nur neuen Fassons, ohne Rücksicht auf den früheren Wert, zum Aussuchen, Wert bis 15.50, **475**

## Pelzwaren:

- Persianer-Krawatten** imit. . . . . **98 Pf.**
- Taschen-Muff** dazu passend . . . . . **245**
- Alaska oder Weissfuchs** imitiert Collier **475**
- Kinder-Eisfell-Garnituren** Muff Box **145**
- Samt-Eisfell-Rodel-Mützen** oder Südwesten . . . . . jetzt **95 Pf.**

## Hüte:

- Grosse Rundhüte** mit fecher Seiden-Garnierung **295**
- Samthut** mit Pelzeinfass. od. Phantasiefeder-Garnierung . . . . . **650**
- Hutformen** für Damen und Kinder . **95 Pf.**
- Elegante Kinderhüte** in Plüsch und Samt **295**

**Reste Wollstoffe**  
Serie I: Meter 75 Pf., Serie II: Meter 95 Pf.,  
Serie III: Meter 1,25 M.  
**Seidenstoff-Reste**  
Meter 75 Pf.

## Ein grosser Posten angestaubter Schürzen,

- Kinder-Reform-Schürzen** u. Russenkittel **85 Pf., 68 Pf.**
- Damen-Tändelschürzen** bunt und weiss, **95 Pf., 68 Pf., 48 Pf.**
- Knabenschürzen** **78, 68, 48 Pf.**
- Damen-Blusen u. Mieder-schürzen** **1.85, 1.45, 1.20**
- Ein Posten **Musterkorsetts** sehr preiswert . . . . . **2.25, 1.85, 95 Pf.**
- Knaben-Sweaters** in 4 Größen, marine, bleu, rot, **125**
- Kinder-Reform-Beinkleider** marine, 5 Größen . . . . . **115**
- Herrn-Normal-Hemden und Beinkleider** . . . . . **1.65, 1.25, 95 Pf.**

- Herrn-Socken** rein. Wolle **80 Pf.**
- Kinder-Strümpfe**, schwarze Wolle, sehr preisw., **70 Pf., 55 Pf., 45 Pf.**

**Enorm billig!**  
**Reste**  
von Besätzen, Spitzen, Einsätzen, Tüllstoffen u. Bändern.

- Damen- und Kinderkragen** **95.75 Pf.**
- Tüll-Schleifen** **28 Pf.**
- Tailen-Tücher**, Jabots und BÄfchen, sehr preiswert **48 Pf., 295, 2.45, 195**

## Leinen- und Baumwollwaren. — Wäsche.

- Ein Posten **Bettwäsche** angestaubt, Bezug mit 2 Kissen, **295**
- Bettwäsche** in Dimitt und Damast **590**
- Stubenhandtücher** einzelne, Steck. 40 Pf. **25 Pf.**
- Küchenhandtücher** Steck. 85, 25, **15 Pf.**
- Tischtücher** einzelne für 4-6 Person, **2.95, 1.75, 95 Pf.**
- Einzelne Servietten** % Dtd. **2.50, 175**
- Kaffeedecken** ganz bedeutend ermäss. **2.50, 1.75, 95**
- Kaffeegedecke** u. 6 Servietten, jetzt **3.75, 295**
- Taschentücher** durch Dekor. etw. gelitten, 15, **10 Pf.**

**Reste** von Hemdenbarchen, Rockbarchen, Schürzenstoffen, Züchen, Hemden-tüchen, Bezugsstoffen ganz besonders billig.

**Garnituren mit Stickerel** An- u. Einsätzen sowie breitem Banddurchzug . . . . . **3 25**

**Stickerel-Röcke** reich garniert Wert bis 6.50 jetzt **4.85**

## Herren-Artikel.

- Weisse u. bunte Oberhemden**, etwas angestaubt **1.85**
- Kragen, garantiert 4fach**, versch. Höhen, 8 Stück **85 Pf.**
- Bunte Garnituren**, Serviteur und Manschetten . . . . . **85 Pf.**
- Krawatten**, Selbstbinder und Negattes, Wert bis 1.50, . . . . . jetzt **85 Pf.**
- Herren-Schirme** . . . . . jetzt **1.85**

Ein Posten **Untertailen**, durchweg elegante Ausführung früherer Wert bis 5.50, jetzt **2.45, 145**

## Kleiderstoffe.

- Blusenstoffe** Popelin mit Seidenstreifen, Wert bis 1.50, jetzt Mtr. **85, 65 Pf.**
- Blusen-Bordüren** Popelin-Gewebe Wert bis 2.75 . . . . . jetzt Mtr. **95, 75 Pf.**
- Blusenstoffe** Sportflanelle, ent-süekende helle und dunkle Streifen . . . . . Mtr. **48, 28 Pf.**
- Schottenstoffe** doppeltbreit, Blau-grün, Wert bis 1.75, jetzt Mtr. **95, 75 Pf.**
- Kostümstoffe** engl. Art, 90-130 cm breit, Wert bis 2.50, jetzt Mtr. **1.45, 85 Pf.**
- Reinwollene Rockschottenstoffe** ca. 110 cm. breit, Wert bis 3.00, jetzt Mtr. **165**
- Einfarbige Kammgarnstoffe** u. schwarze zur Konfirmation geeignet, Mtr. **1.25, 85 Pf.**
- Ein Posten **Seidenstoffe** einfarbig, hell und dunkel, durchweg Mtr. **85 Pf.**
- Ein Posten **Blusen- u. Kleider-Seiden** gute Qualität, Wert bis 2.75, jetzt Mtr. **1.85, 95 Pf.**
- Ein Posten **Crépe de chine** imit. Reine Seide, Wert bis 1.90, jetzt Mtr. **105**
- Ein Post. **Halbseidene Futterstoffe** Serge . . . . . jetzt Mtr. **95 Pf.**
- Seiden-Eolienne** moderne Saison-Farben, ca. 110 cm breit, Wert bis 4.00, jetzt **265**

Ein Post. **Seiden-Volle u. Volle mit Streifen** 90-110 cm breit, Wert bis 2.50, jetzt Mtr. **95 Pf.**

## Gardinen \* Teppiche.

- Ein Post. **eleg. Stores** etwas angestaubt Wert bis 21.—, jetzt **6.25, 5.25, 475**
- Tüll-Bettdecken** 1- und 2bettig, enorm billig etw. angestaubt **450 325**
- Stoppdecken** Handarbeit Doppel-seitig **850 725**
- Rouleaux-Damast** 180 breit, Gold u. Creme, Mtr. **88 Pf.**
- Läuferstoff-Reste** Mtr. **115 90 65**
- Teppiche** Gr. ca. 130/200 170/240 200/300 270/340  
Perser, imit., doppelt. **4.50 7.25 10.75 17.50**  
Perser-Gobelin „ **7.75 11.25 17.50 25.25**  
Plüsch gute Qualität **7.25 12.25 18.50 26.50**  
Prima Velours **12.25 21.50 31.50 51.00**

# Wilhelm Joseph

Berlin, Großgörschenstraße 1  
Schöneberg, Hauptstr. 163.